

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei voller Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.- M., bei direktem Postbezug monatlich 4.65 M., bei Forderung unter Schriftband für Deutschland 4.80 M., ins Ausland 7.60 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III, Fernsprecher: Amt Norden 2893 und 2894.

Inhaltsverzeichnisse folgen die abgeheften. Zuschriften werden aber deren Namen 1,20 M., Wortausgaben das entsprechende Wort 50 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Leserausgaben 70 Pf., bei Familien- u. Veranlassungsanzeigen 1/2 des Zeitraums, Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

# Die Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Gute Zeiten für Mörder.

### Der Antrag des Staatsanwalts im Münchener Mordprozeß.

München, 23. Oktober.

Der Staatsanwalt beantragte im Gefallenmordprozeß gegen Müller und Makowski wegen Totschlags die Höchststrafe von 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, gegen Grabasch 1 Jahr Gefängnis, für Kreiner Freisprechung. Das Urteil ist wahrscheinlich erst am Sonnabend zu erwarten.

Wir haben bereits in unserer einleitenden Besprechung des Prozesses auf die unerhörte Tatsache hingewiesen, daß die Staatsanwaltschaft die Anklage nur wegen Totschlags, das heißt wegen Tötung ohne Ueberlegung, und nicht wegen Mordes erhoben hat. Der Verlauf des Prozesses, der so grauenvolle Untaten der Weissen Gardes enthielt, hat, wie sie nach der eigenen Aussage des als Zeugen vernommenen Obersten der Truppen selbst im Kriege nicht vorgekommen sind, hat unzweifelhaft dargetan, daß nichts als Mord, gemeinster, wohlüberlegter Mord vorliegt. Trotzdem denkt das Gericht gar nicht daran, wozu es unbedingt verpflichtet wäre, die Anklage auf Mord ausdehnen zu lassen.

Wir sind wahrlich nicht nach Blut gierig. Unser sozialistisches Ideal allein verlangt schon, daß kein Menschenblut, auch nicht das des schwersten Verbrechers, vergossen werde. Doch immer wieder müssen wir auf die jammervolle deutsche Justiz hinweisen, die in so unerträglich Weise dem Volke jede Gerechtigkeit zum Spott werden läßt. Die Taten der Gefellenmörder, die gegenüber dem Fürstlichen, was dieser Prozeß jetzt enthüllt hat, geradezu verschwinden, und von denen heute kaum ein einziger noch zweifelt, daß sie nur im höchsten Stadium der Erregung begangene Tötungen waren, sie waren von vornherein für das Gericht Mord, die Bluttaten der Müller und Makowski aber in diesem Prozeß sie sollen nur Totschlag sein.

Entweder — oder, so hätte es hier heißen müssen. Oh, Gerechtigkeit!

(Der Bericht über den 8. Verhandlungstag befindet sich in der Beilage.)

### Beschlezung Riga durch die Deutschen.

H. N. London, 23. Oktober.

Der leitende Generalstab meldet: Deutsche Artillerie hat am 19. Oktober britische Kriegsschiffe beschossen. Die Mörser haben am nächsten Tag das Feuer mit einem Bombardement der deutschen Stellungen beantwortet. Jetzt bombardieren die Deutschen das Zentrum Riga mit schweren Geschützen und außerdem verwenden sie Gasgranaten. In der Stadt wurde großer Schaden angerichtet.

### Usquith gegen die Intervention in Rußland.

Rotterdam, 23. Oktober.

Wie „Nieuwe Rotterdamse Courant“ aus London meldet, hielt Usquith in London eine Rede, in der er sich energisch gegen die russische Politik der jetzigen Regierung wandte. Er sagte, England dürfe auf die Entscheidungen und das Verhalten des russischen Volkes, soweit dessen innere Politik in Betracht komme, keinen Einfluß ausüben.

Er fuhr fort: Ich werde sicher ein Bolschewist genannt werden. Aber mein Protest beruht auf den Grundrissen, für die wir gekämpft haben, und die, wie behauptet wird, im Friedensvertrag zum Ausdruck kommen. Ich protestiere dagegen, daß unser Geld, unser Material und unsere Männer für die Regelung der inneren Angelegenheiten des russischen Volkes verwendet werden. Zum Schluß bezeichnet Usquith es als Pflicht Englands und der übrigen Welt, die auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker gebildeten neuen Staaten gegen jeden Angriff zu schützen.

### Die Wirkungen der Ostsee-Blockade.

Rönigsberg i. Pr., 23. Oktober.

Die Wirkungen der neuen Ostseeblockade machen sich, wie die „Hortungische Zeitung“ meldet, für den Rönigsberger Handel fühlbar. Jeder Verkehr deutscher Schiffe an der Küste ruht. Der Betrieb der regelmäßigen Dampferlinien nach Hamburg, Bremen, Lübeck und Stettin ist lahmgelegt. Besonders empfindlich wird

die ostpreussische Kohlenversorgung betroffen. Die Einstellung des Betriebes des Elektrizitätswerkes in den nächsten Tagen ist drohend geworden.

Stettin, 23. Oktober.

Infolge der Blockierung der Ostsee durch die Entente macht sich in Stettin Knappheit an Frachtraum nach den skandinavischen Häfen bemerkbar. Die Stauung der Ausfuhr hat eine Kostung von gestern in den hiesigen Häfen bewirkt. Namentlich auf den Güterbahnhöfen sind die Zustände unerträglich geworden.

### Bolschewistische Erfolge.

Amsterdam, 23. Oktober.

Die Bolschewisten melden frohlockend über ihre Aktion an der polnischen Front, daß die roten Truppen erfolgreich vorrückten und die Weresina überschritten haben.

### Die Kommission zur Ueberwachung des Friedensabkommens.

HN. Paris, 23. Oktober.

Die Kommission zur Ueberwachung der Ausführung des Friedensabkommens mit Deutschland besteht aus Matsui für Japan, Darby für Großbritannien, Pichon und Berthelot für Frankreich, Bonikengark für Italien.

### Wie gehoben wird.

Der Nachschub für die in Kurland befindlichen deutsch-russischen Truppen findet noch wie vor in großem Umfange statt. Der Hauptlieferant ist der Hauptmann Voensgen, der in Wilna ein deutsches Detachement nur dem Namen nach führt. In Wirklichkeit führt der Mann seit Wochen in Berlin und stellt von hier aus die Verbindungen zwischen den Munition- und Lebensmittellieferanten her. Nachdem durch unsere dauernden Spionagen auf die Tätigkeit der Werbezentralen diesen der Boden jetzt etwas zu heiß geworden ist, sind sie auf neue Schilde gekommen, um ihre Landesherrliche Tätigkeit weiter ausüben zu können. Hauptmann Voensgen hat sein Quartier vom „Russische Hof“ in das Hotel „Blau“ verlegt. Hier ist ein gewisser Leutnant von Jesta sein Hauptlieferant. Um nach außen hin den Anschein zu erwecken, als seien die beiden Herren ganz gewöhnliche Zivilpersonen, ist durch einen Dienstbefehl angeordnet worden, im schriftlichen Verkehr mit Voensgen und Jesta nicht mehr den Dienstgrad in Anwendung zu bringen.

In welchem Umfange die Schießungen vor sich gehen, mag dadurch beleuchtet werden, daß noch am 8. Oktober, also zu einer Zeit, wo Koske die Grenze angeblich längst gelertzt haben wollte, vom Rönigsberger Vellebahnstationen 6 Waggons mit Velleladungsfüßen für die Eisernen Division verladen wurden. Weitere Waggons sollen folgen. In Lübeck wurden Mitte Oktober auf dem Dampfer „Eiland“ für etwa 10 000 Mann Heeresausrüstungsgegenstände, in der Hauptsache Velleladungsfüße, Mägen, Tornister, Patronenpatronen und dergl. verladen. Der Dampfer sollte nach Kurland gehen, wurde aber infolge der Blockade zurückgehalten, inzwischen hat er verholt und liegt nun klar zur Abfahrt.

Von all diesen Dingen will die Regierung natürlich nichts wissen. Sie drückt beide Augen zu, tut so, als ob sie weder sieht noch hört und freisetzt dann, wenn sie vor eine vollzogene Tatsache gestellt wird, den Vorgang ab. Ihr Geheimnis nützt ihr aber nichts, denn es bleibt dabei, daß das deutsch-russische Unternehmen im Baltikum keine acht Tage bestehen könnte, wenn ihm nicht von Deutschland aus die Lebenskräfte zugeführt würden.

### Bestellte Hehe.

Von offizieller Seite wurde in der deutschen Presse die Nachricht über eine Verhaftung der Beauftragten der deutschen Gesandten in Riga und Libau verbreitet und der leitenden Mission in Berlin Gegenmaßregeln in Aussicht gestellt.

Daraufhin hat die russische Mission ein vom leitenden Ministerpräsidenten Ullrich abgeschicktes Telegramm erhalten, daß weder der deutsche Gesandte noch jemand von seinem Personal verhaftet worden ist. Es konnte schon deshalb niemand verhaftet werden, da die Gesandtschaft schon drei Tage vor dem Ueberfall auf Riga die Stadt verlassen hatte, ohne daß die leitende Regierung von ihrer Abreise benachrichtigt wurde.

Es ist zu bedauern, daß auf Grund von unkontrollierten Gerüchten eine Zeitungshetze provoziert wird, die nur dazu dienen kann, die Beziehungen von Lettland zu Deutschland noch weiter zu verärgern.

## Sie wollten nicht.

rd. Bei dem Verfahren vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß gibt es einen Richterlich, einen Zeugenstand und einen Beschuldigten. Eine Anklagebank ist nicht vorhanden. Es ist ein objektives Verfahren, in dem Sinne, daß nur der Tatbestand festgestellt, aber kein Urteil gefällt wird. Es soll in die Kompetenz des Staatsgerichtshofs nicht eingegriffen werden. Trotzdem aber tippen sich mit natürlicher Folgerichtigkeit die Verhandlungen zu Anklagen zu, und schon nach der dritten Sitzung kann kein Zweifel mehr bestehen, wo man die Schuldigen zu suchen hat.

Die Frage soll beantwortet werden, ob es während des Krieges Friedensmöglichkeiten gegeben hat, und ob diese Friedensmöglichkeiten von deutscher Seite gewalttätig zerstört worden sind. Nach den wohlhabendsten und klaren Aussagen des Grafen Bernstorff wird niemand mehr wagen dürfen, diese Frage bezüglich Amerikas verneinend zu beantworten, und alle Welt weiß jetzt, wer die Keime verstreut hat. Es gibt eine unsichtbare Anklagebank, auf der der ehemalige Kaiser, die Herren Bethmann und Zimmermann, die militärischen Führer, an der Spitze von allen aber der General Ludendorff sitzen, und nach den Resultaten der bisherigen Untersuchung kann und niemand der Boreiligkeit zeihen, wenn wir von diesen Angeklagten schon heute als den Schuldigen sprechen.

Bergegenwärtigen wir uns die diplomatische Situation, in der sich Deutschland gegenüber Amerika am Ende des Jahres 1916 und im Januar 1917 befand. Auf wiederholtes dringendes Ersuchen der deutschen Regierung ermunterte der deutsche Botschafter in Washington Herr Wilson, einen Friedensschritt zu unternehmen. Im November konnte er melden, daß noch vor Neujahr eine Aktion des Präsidenten zu erwarten sei. Trotzdem ließ Deutschland am 12. Dezember ein eigenes Friedensangebot hinausgehen. Für Wilson war dieses Borgreifen aus vorliegenden Gründen höchst unbequem, aber er sandte nichtsdestoweniger einige Tage später seine Note, in der er die Kriegführenden Mächte zur Befolgung ihrer Friedensbedingungen aufforderte. Deutschland entsagte diesem Wunsch nicht, und der Staatssekretär Zimmermann ersuchte den Grafen Bernstorff um bilatorische Behandlung der Angelegenheit. In einer Volkschaft am den Senat vom 22. Januar bekräftigte der Präsident seinen Wunsch, dem Kriege ein Ende zu machen, und einige Tage später ließ er durch seinen Vertrauensmann, den Obersten House, dem Botschafter aufs neue seine guten Dienste anbieten und wiederholt um die Mitteilung der Bedingungen bitten. Es steht fest, daß er damals nicht beabsichtigte, an der eigentlichen Friedenskonferenz teilzunehmen und den Gang der Verhandlungen unmittelbar zu beeinflussen. Es war ihm nur darum zu tun, daß nach Abschluß des Friedens ein allgemeiner Kongreß zusammenriefe, der die die ganze Welt berührenden Fragen völkerrechtlicher Natur erörtern sollte.

Am 23. Januar endlich wurden Bernstorff ganz vertraulich die Bedingungen zur Kenntnis gebracht, die Deutschland angeblich aufgestellt haben würde, wenn die Entente auf das deutsche Friedensangebot eingegangen wäre. Aber sie können nicht mehr als Basis von Verhandlungen dienen, da gleichzeitig der Entschluß zum rückfälligen U-Bootkrieg bekannt wird, vor dem der Botschafter vom ersten bis zum letzten Augenblick aufs dringendste warnt hat. Damit ist den amerikanischen Friedensbemühungen ein gewalttätiges Ende bereitet, was mehr als das: damit ist gleichzeitig der Eintritt Amerikas in den Krieg unabwendbar geworden.

Was sich in den kritischen Wochen in Deutschland nicht abgevielt hat, ist noch nicht völlig geklärt. Redemeln der Kanzler und das Auswärtige Amt auch im Januar noch mit den Wilsonschen Friedensbemühungen? Wenn ja, gab es dann nicht eine andere, möglichere Stimmung, die unter keinen Umständen daran dachte, auf Wilsons Pläne einzugehen?

Wir brüden uns sehr vorsichtig aus, wenn wir diese Frage als ungeklärt bezeichnen. Denn wir kennen jetzt das schroffe Telegramm, in dem der Kaiser am 16. Januar seine Verwunderung darüber ausdrückt, daß überhaupt noch von amerikanischen Vermittlungsversuchen geredet werde, und wir kennen die abschlägige Antwortung des leitenden Herrn Zimmermann, daß Wilsons Gedächtnis ja doch zugunsten der Entente in die Waagschale gefallen sein würde. Nach den letzten Verlauten des Obersten House ist Herr von Bethmann zwar noch einmal in das kaiserliche Hauptquartier geehrt, um über die amerikanischen Vorschläge zu verhandeln. Wenn er aber daraufhin dem Grafen Bernstorff eröffnet, es sei jetzt zu spät, da sich die Befehle für den U-Bootkrieg nicht rückgängig



machen stehen, so beweist auch diese jämmerliche Ausflucht, daß maßgebende Stellen schon längst nicht mehr daran gedacht hatten, von Wilson als Vermittler Gebrauch zu machen.

Das weitläufigste Argument gegen den guten Willen Deutschlands aber brachte der geistige Vag, an dem die Vernehmung des Grafen Bernstorff ihren Höhepunkt erreichte. Der Vorkämpfer sagte über die Unterredung aus, die er nach seiner Rückkehr aus Amerika mit dem General Ludendorff gehabt hat. Schon die äußeren Umstände dieser Zusammenkunft sind bezeichnend und für den General höchst beläsend.

Der diplomatische Vertreter Deutschlands kommt aus einem Lande zurück, dessen Regierung sich eifrig um das Zustandekommen des Friedens bemüht hat, und das nun brutal vor den Kopf geschlagen, selbst den Krieg beginnt. Die Oberste Heeresleitung hält ebensowenig wie der Kaiser es für notwendig, sich sofort bei diesem Diplomaten zu unterrichten. Erst sechs Wochen nach seiner Ankunft hat er eine Audienz beim Kaiser, und lernt bei dieser Gelegenheit an der Frühstückstafel die Herren Hindenburg und Ludendorff kennen. Als Mann von Welt stößt er von beiden nach dem Frühstück eine Bitte ab, und da empfängt ihn Ludendorff mit den Worten: „Sie wollten in Amerika Frieden machen, Sie dachten wohl, wir wären zu Ende.“ Als Graf Bernstorff darauf erwidert: „Nein, ich glaube nicht, daß wir schon zu Ende sind, aber ich möchte den Frieden machen, bevor wir zu Ende sein werden,“ entgegnet der General:

„Ja, aber wir wollen nicht.“

Dies Wort beleuchtet wie ein Blitz die Situation. Die Militärs wollten nicht, und nun ist es ganz gleichgültig, ob Wilson, worüber man sich gestern auch umständlich genug unterhalten hat, Polen in seinen alten Grenzen wiederherzustellen gedachte. Ganz gleichgültig, ob seine Bemühungen überhaupt einen positiven Erfolg versprochen oder nicht. Die eigentlichen Leiter der deutschen Politik während des Krieges wünschten keinen Frieden. Sie sabotierten mit vollem Bewußtsein die amerikanischen Friedensabsichten. Sie behielten verbittert Amerika selbst in den Krieg.

Das Wort „Wir wollen nicht“ charakterisiert die Haltung der Obersten Heeresleitung besser und schärfer, als die umfangreichsten Untersuchungen. Alle die Memoirenbände, die jetzt erscheinen, verschwinden mit ihrem Inhalt vor diesem frevelhaften Satz.

Freilich, Ludendorff glaubte einen Grund zu haben, weshalb er nicht zu wollen brauche. Nach seiner Meinung mußte England innerhalb kurzer Frist durch den U-Bootskrieg niedergedrungen werden. Am 4. Mai 1917 erklärt der Verratsmann dem Grafen Bernstorff, daß es nach seiner letzten Ueberzeugung nur drei Monate bedürfte, um England zum Frieden zu zwingen. Weder er, noch Hindenburg, noch der Kaiser hielten es für notwendig, die Warnungen des Vorkämpfers, der über die Entschlossenheit und die Machtmittel der Vereinigten Staaten keinen Zweifel gelassen hatte, zu berücksichtigen. Sie hörten ihn nicht einmal. Diesen Gefahren des Weltkriegs war Amerika getreu. Sie wollten den Verständigungsfrieden nicht, weil sie in einem Vierteljahr den Siegfrieden zu haben glaubten.

Sie sind gerichtet.

Aber sind sie die einzig Schuldigen? Als Bernstorff von Amerika zurückgekehrt, mit Herrn von Bethmann sprach, erklärte ihm dieser zu seiner Entschuldigung, in Deutschland sei die Vermittlungsbaktion Wilsons höchst unpopulär gewesen, und seine Partei außer höchsten der Sozialdemokraten mühe für einen „kalten Frieden“ gestimmt haben. Der Untersuchungsanspruch hat den Grafen Bernstorff danach gefragt, ob er wohl wisse, wie die Stimmung, von der der Kanzler sprach, zustandekommen sei. Man würde ihn noch intensiver gefragt haben, wenn der Vorsitzende an diesem Punkte nicht das Vernehmungsrecht anderer Mitglieder der Kommission bekräftigt hätte. Aber auch so haben wir schon erfahren, daß Bernstorff an eine künstliche Stimmungsmache gegen Wilson und gegen ihn und für den U-Bootskrieg glaubt.

Wir hoffen, daß im weiteren Verlauf der Verhandlungen unabhängige Zeugen herangezogen werden, die Auskunft zu geben wissen über die Art, wie die deutsche Presse beeinflusst worden ist.

Das wird eine neue Belastung der militärischen und politischen Stellen ergeben. Das wird die innere Unwahrscheinlichkeit der Worte Bethmann Hollweg von der Unpopularität des „kalten Friedens“ darun. Indessen werden diese Aussagen die Presse und die sonstigen Macher der öffentlichen Meinung nicht entlasten. Sie haben sich führen und gängeln lassen. Sie haben sich nicht nur des eigenen Urteils begeben, sondern teils kritisch, teils wider die bessere Ueberzeugung den Ludendorff als Mumpstüde gedient.

Das gilt von den bürgerlichen Zeitungen, bürgerlichen Volksrednern und bürgerlichen Parlamentariern. Das gilt aber, wenn vielleicht nicht ganz in demselben Maße, doch auch von den Rechtssozialisten, und wenn heute der „Vorwärts“ gar entziffert tut über die verbrecherischen Machenschaften der militärischen Kriegspartei und wenn er über die Entschlungen triumphiert, so fragen wir ihn und seine Freunde, ob sie denn damals, als die Friedensmöglichkeiten vernichtet wurden, so gar nichts gewußt und so gar nichts gewollt haben von dem Wahnsinn und der Missetat derjenigen Kreise, die sich mit ihrem „Wir wollen nicht!“ brüllten?

## Der Sitzungsbericht.

### Dritte öffentliche Sitzung.

(Fortsetzung aus der gestrigen Abend-Ausgabe.)

Herrn v. Bethmann (Dem.): Es wird in den Instruktionen nur von Jugungsfragen für Polen gesprochen. Das würde die Möglichkeit offen lassen, daß sowohl Danzig wie auch die Jugungsfrage, so die Weichsel und die Bahnstrecke über Marienburg an und für sich deutsch bleiben könnten. Es wäre so möglich, daß Polen sich durch einen einen Antrag zum Meere bekommen könnte. Ist diese Frage bei den Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten zur Erörterung gelangt?

Graf Bernstorff: Auf solche Einzelheiten sind wir nicht eingegangen. Die Vollmacht des Reichspräsidenten erstreckt sich auf die Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten, in der wir die Friedensvermittlung Wilsons auf der Basis seiner letzten Vollmacht annehmen wurde. Diese Aufgabe habe ich nach Berlin mitgebracht. Das war meine

letzte politische Unterredung mit Hause. Ich habe nur noch später ihm die Erklärung des U-Bootskrieges überreicht, worauf der Gebrauch sofort erfolgte.

Herrn v. Bethmann (Dem.): Es ist nicht von einem neutralen Korridor, sondern von einem neutralen Weg geredet worden? Haben Sie es so verstanden, daß damit ein österreichisches Servitut gemeint war?

Graf Bernstorff: Damals hieß es nur, ein Zugang zum Meer durch Eisenbahnen oder dergleichen sollte erreicht werden.

Vorsitzender Bernstorff: Das Gebiet sollte also nicht der deutschen Staatshoheit entzogen werden?

Graf Bernstorff: Nein.

Herrn v. Bethmann (Dem.): Haben Sie den Eindruck gewonnen, daß auf amerikanischer Seite Klarheit darüber bestand, wie Polen wiederhergestellt werden sollte?

Graf Bernstorff: Ein klarer Program war in Amerika hierfür nicht vorhanden, das sollte den Verhandlungen unter den Kriegführenden vorbehalten bleiben.

Auf eine Frage des Sachverständigen Professor Bonn erklärte Graf Bernstorff: Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Friedensaktion von 1918 mit derjenigen von 1917 gar nichts zu tun hat. Auch damit, daß Wilson in Versailles verhandelt hat, hat dies nichts zu tun. Das sind vollkommen getrennte Aktionen gewesen, an Rücksicht von der einen zur anderen ist ausgeschlossen.

Auf eine Frage des Sachverständigen Professor Dr. Schäfer, wie Amerika sich eine Kompensation auf territorialen Gebiete ohne Ansetzungen habe denken können, führt:

Graf Bernstorff: Dem Präsidenten Wilson hat nur vorgeschrieben eine Kompensation zwischen den Kriegführenden herbeizuführen. Was dabei herauskommen würde, war natürlich nicht voraussehbar. Ich habe immer den Wunsch vertreten, daß Wilson die Friedensvermittlung übernehme, damit der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg verhindert würde. Ich war immer der Ansicht, daß der U-Bootskrieg automatisch den Abbruch der deutsch-amerikanischen Beziehungen herbeiführen würde, deren automatische Folge wiederum der Krieg Americas mit Deutschland sein müßte. Der Eintritt Americas in den Krieg mußte meiner Ansicht nach unbedingt zum Siege der Entente führen. Infolgedessen blieb nichts übrig, als eine Vermittlung Wilsons anzunehmen. Ohne die Hilfe Americas konnte die Entente uns überhaupt nicht besiegen. Wäre es uns gelungen, den Krieg mit America zu verhindern, so wäre unter allen Umständen mindestens ein Dreijährigenfriede zustande gekommen.

Herrn v. Bethmann (Dem.): Wilson hat es also abgelehnt, sich in eine Verhandlung über territoriale Fragen einzulassen.

Herrn v. Bethmann (Dem.): Ist die veränderte Stellungnahme Wilsons darauf zurückzuführen, daß ihm unüberlegt die Mitteilung der Friedensbedingungen verweigert wurde? War das Wort „einiges Polen“ so zu verstehen, daß zu Polen sämtliche Gebiete mit polnischer Bevölkerung gehören sollten? Wir sprechen auch von einem „einigen Deutschland“, gleichgültig, welche sprachliche Gebiete außerhalb Deutschlands liegen. Meint Erhellung, daß Präsident Wilson der Ansicht war, daß die gemischtsprachigen Gebiete in unseren Ostmarken unbedingt zu einem einigen Polen gehören müßten?

Graf Bernstorff: Ich glaube nicht, daß Wilson sich über die Grenzen damals genauer informiert hat, eine bestimmte Vorstellung von der Abgrenzung Polens nicht hatte.

Herrn v. Bethmann (Dem.): Ist da nicht ein Widerspruch vorhanden? Behnen hat Graf Bernstorff gesagt, Wilson habe und niemals zugemutet, auch nur das geringste Gebiet abzutreten, heute heißt es, daß ein einiges Polen geschaffen werden sollte. Die logische Folgerung hiervon ist doch, daß von einer Abtretung gesprochen wurde.

Graf Bernstorff: Ich wiederhole, daß mir gegenüber in allen Verhandlungen niemals eine Gebietsabtretung zugemutet worden ist. Ueber die polnische Frage habe ich nicht mehr verhandelt, weil es zu Verhandlungen über die Vollmacht vom 22. Januar überhaupt nicht mehr gekommen ist. Was ich bei den Verhandlungen gesagt habe, betraf immer auf der festen Basis von Instruktionen aus Berlin. Zur Vollmacht vom 22. Januar habe ich niemals Instruktionen gehabt, wie ich auch nie darüber verhandelt habe. Ueber die deutsch-polnische Frage ist nur in allgemeinen Wendungen gesprochen worden.

Herrn v. Bethmann (Dem.): Wann erhielten Sie Kenntnis von der Proklamation Polens durch die Mittelmächte?

Graf Bernstorff: Zunächst durch die gewöhnlichen Transmissionsprogramme, ob sie mir auch später amtlich mitgeteilt worden ist, weiß ich nicht mehr. Jedenfalls hat die Proklamation bei den Verhandlungen mit Wilson keine Rolle gespielt. Wohl aber wurde sie in der amerikanischen Presse lobhaft besprochen. Die deutsch-amerikanische Presse hielt sie für richtig, die andere Presse hielt sie für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker.

Herrn v. Bethmann (Dem.): Es ist genau so unverständlich, was Wilson bis zum 31. Januar und was er nachher wollte. Sonst kommt man zu falschen Schlüssen. Bis zum 31. Januar ist Wilson auf einer Linie geblieben. Am 18. Dezember richtete er eine allgemeine Einladung an alle Kriegführenden, am 22. Januar stellte er in seiner Vollmacht bestimmte Grundzüge auf und am 23. oder 24. Januar ging er auch darüber noch hinaus und ließ durch Oberst House einen ganz bestimmten Vermittlungsanschlag anbieten.

Graf Bernstorff: Das ist richtig.

Herrn v. Bethmann (Dem.): Wollte Wilson, als er seinen Vermittlungsvorschlag machte, als Gleichberechtigter mit am Verhandlungstisch teilnehmen, oder wäre er damit zufrieden gewesen, wenn er die Kriegführenden zusammengebracht hätte?

Graf Bernstorff: Wilson hat mir immer sagen lassen, er wüßte, die Kriegführenden zu einer Konferenz zusammenzuführen. Dann sollte gleichzeitig oder hierüber eine große Weltkonferenz stattfinden, an der er mit sämtlichen Staaten der Welt teilzunehmen wollte und die allgemeinen Fragen zu regeln gedachte hätte.

Herrn v. Bethmann (Dem.): Also auf der ersten Friedenskonferenz wollte Wilson weder vertreten sein, noch bestimmte materielle Forderungen durchsetzen?

Graf Bernstorff: Das hat er stets erklärt.

Herrn v. Bethmann (Dem.): Daraus ergibt sich, daß, wenn die Kriegführenden sich auf einer etwas anderen Grundlage geeinigt hätten, als sie in der Vollmacht vom 22. Januar enthalten war, Wilson höchstens auf der zweiten Konferenz etwas hätte machen können, aber nicht auf der ersten.

Graf Bernstorff: So war es gedacht. Wilson legte gar keinen Wert auf bestimmte Formulierungen, er würde sich auch mit anderen Formulierungen einverstanden erklärt haben. Er hat sich immer nur für diejenigen Fragen interessiert, die eine tiefergehende Bewegung auch in den Vereinigten Staaten angeht hätten; Freiheit der Meere, Schiedsgerichte und der aller Völker.

Herrn v. Bethmann (Dem.): Wenn die Parteien auf der ersten Konferenz sich ohne Wilsons Zutun geeinigt und die Vorklage anders gelöst hätten, würde Wilson da irgendwelche Schwierigkeiten gemacht haben?

Graf Bernstorff: Das glaube ich nicht.

Herrn v. Bethmann (Dem.): In der Vollmacht vom 22. Januar sind doch aber genaue Forderungen hinsichtlich Polens enthalten. Sollten diese Forderungen für den Frieden nicht eine conditio sine qua non sein?

Graf Bernstorff: Ich glaube, daß Wilson auch in der polnischen Frage sich nur ein ganz allgemeines Bild gemacht hat.

Herrn v. Bethmann (Dem.): Glauben Sie, daß Wilson, als er seine Vollmacht vom 22. Januar aufsetzte, er oder seine näheren Mitarbeiter die eigenartigen gemischtsprachigen Verhältnisse der preussisch-polnischen Provinzen auch nur gekannt hat?

Graf Bernstorff: Ich bin überzeugt, daß er sie nicht gekannt hat. (Allgemeine Stille.)

Herrn v. Bethmann (Dem.): Am 4. Juli 1918, hat Wilson hinsichtlich Polens ganz bestimmte Beschlüsse aufgestellt. Glauben Sie nicht, daß diese Beschlüsse für Wilson die ganze Zeit hindurch bestimmend waren?

Graf Bernstorff: Man muß sich doch vorstellen, daß am 31. Januar 1917 in dem Verbotenen Wilsons eine völlige Wandlung eingetreten ist. Bis zum 31. Januar glaubte Wilson, daß wir einen Verständigungsfrieden wollten. Nach dem 31. Januar aber war er der Ueberzeugung, daß wir nur den sogenannten deutschen Frieden annehmen würden, der die uns von der Entente unterstellte Welt Herrschaft enthielt. So erklärt sich psychologisch diese Wandlung.

Herrn v. Bethmann (Dem.): Bittet den Grafen Bernstorff, nun über die Vorzüge nach der Senatsabstimmung zu berichten.

Graf Bernstorff: Ich habe ein Telegramm von Hause bekommen, nämlich nach New York zu kommen. Ueber die Unterredung habe ich telegraphisch berichtet.

Herrn v. Bethmann (Dem.): Verliest das Telegramm. In diesem wird erklärt, daß eine Einmischung in territoriale Fragen seitens Americas nicht beabsichtigt sei. Es wird um die Mitteilung der deutschen Friedensbedingungen ersucht. Wilson habe erklärt, daß wir moralisch verpflichtet seien, unsere Bedingungen bekannt zu geben, weil sie sonst nicht als ehrlich angesehen würden. Wilson sei bereit, sie der ganzen Welt mitzuteilen, und er sei überzeugt, daß damit der Weg zur Friedenskonferenz geebnet würde. Er wäre sehr erfreut, wenn es auf der Grundlage seiner Senatsabstimmung zu der Friedenskonferenz kommen würde. Er hoffe, daß das so rasch geschehen würde, daß unangenehme Überraschungen vermieden würden. Der Referent Einzelmer stellt dann fest, daß dem Grafen Bernstorff am 18. Januar offiziell vertraulich mitgeteilt wurde, daß der U-Bootskrieg beschloffen sei; am 31. Januar sollte er eine entsprechende Note übergeben. Es heißt in dem Telegramm weiter, daß, wenn jetzt der U-Bootskrieg ohne weiteres begonnen würde, der Präsident das als Schlag ins Gesicht empfinden würde, und daß der Krieg mit den Vereinigten Staaten unvermeidlich und eine Beendigung des Krieges unabschäbar sei, da die Machtmittel der Vereinigten Staaten zwar allem, was man darüber sagt, sehr groß seien. Durch die Konferenz würden wir einen besseren Frieden erreichen, als wenn sich die Vereinigten Staaten unseren Feinden anschließen würden.

Graf Bernstorff: Am 30. Januar habe ich die Friedensbedingungen sofort dem Obersten House mitgeteilt und am nächsten Tage die Erklärung des U-Bootskrieges überreicht. Dann habe ich mit niemand mehr verhandelt.

Herrn v. Bethmann (Dem.): Verliest das Telegramm des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg auf das Telegramm des Grafen Bernstorff. Der Graf wird gebeten, dem Präsidenten den Dank der kaiserlichen Regierung für seine Mitteilungen auszusprechen. Wir brauchen ihm volles Vertrauen entgegen zu bringen, auch und gegenüber das gleiche zu tun. Deutschland ist bereit, die von ihm vertraulich angebotene Friedensvermittlung herbeizuführen und eine direkte Konferenz der Kriegführenden anzunehmen. Es wird keinen Verbindungen das gleiche empfohlen. Eine öffentliche Bekanntgabe unserer Friedensbedingungen ist sehr unangenehm, nachdem die Entente Friedensbedingungen veröffentlicht hat, die auf eine Einmischung und Vernichtung Deutschlands und seiner Bundesstaaten hinauslaufen, die vom Präsidenten auch selbst als unangenehm bezeichnet wurden; als Blick können wir sie nicht aufpassen, da sie mit den Beden übereinstimmen, die von den feindlichen Mächten über uns und hochher gehalten worden sind. Solange diese Bedingungen aufrecht erhalten werden, würde eine öffentliche Bekanntgabe unserer Friedensbedingungen als Zeichen der Schwäche angesehen werden und zur Zerschlagung des Krieges beitragen. Um Wilson einen Beweis unseres Vertrauens zu geben, werden wir ihm ganz ausschließlich für seine Verleugnung die Bedingungen mit, unter denen wir bereit gewesen wären, in Friedensverhandlungen einzutreten, falls die Entente unser Friedensangebot vom 12. Dezember angenommen hätte.

## Unsere Bedingungen.

Rückzahlung des von Frankreich besetzten Teils von Oberschlesien, Gewinnung einer Deutschland und Polen gegen Rußland strategisch und wirtschaftlich sicheres Grenzgebiet, Kolonialrestitutions in Form einer Veräußerung, die Deutschland einen seiner Bevölkerungszahl und der Bedeutung seiner wirtschaftlichen Interessen entsprechenden Kolonialbesitz sichert. Rückgabe der von Deutschland besetzten französischen Gebiete unter Vorbehalt französischer und wirtschaftlicher Grenzveränderungen, sowie finanzieller Kompensationen. Wiederherstellung Belgiens unter bestimmten Garantien für die Sicherheit Deutschlands, welche durch Verhandlungen mit der belgischen Regierung festzustellen wären. Wirtschaftlicher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage der Autonomie der beiden Teile der eroberten und im Friedensschluß zu restituierenden Gebiete. Schadloshaltung der durch den Krieg geschädigten deutschen Unternehmungen und Privatpersonen. Verzicht auf alle wirtschaftlichen Abmachungen und Maßnahmen, welche ein Hindernis für den normalen Handel und Verkehr nach Friedensschluß bilden würden, unter Vorbehalt entsprechender Handelsverträge. Sicherstellung der Freiheit der Meere.

Die Friedensbedingungen unserer Verbündeten, so heißt es weiter, bewegten sich, in Uebereinstimmung mit unseren Anschauungen, in gleichmäßigen Grenzen. Es wird dann weiter erklärt, daß Deutschland bereit sei, in die in der Senatsabstimmung erwähnte internationale Konferenz einzutreten. Ferner wird betont, wenn das Angebot Wilsons nur wenige Tage vorerst erfolgt wäre, so hätten wir den Beginn des neuen U-Bootskrieges vermeiden können; wir sei es hierzu aus technischen Gründen nicht zu spät. Es seien militärische Vorarbeiten getroffen, die nicht mehr rückgängig zu machen seien und bereits U-Boote mit neuen Instruktionen ausgesandt. Wir seien jederzeit bereit, den Bedürfnissen Americas Nachachtung zu tragen. Wir bitten den Präsidenten, seine Bemerkungen wieder aufzunehmen und fortzusetzen und sind zur Einleitung des U-Bootskrieges bereit, sobald volle Sicherheit geboten ist, daß die Bemühungen des Präsidenten zu einem für uns annehmbaren Frieden führen könnten.

Herrn v. Bethmann (Dem.): Wie haben Sie diese Instruktion zur Ausführung gebracht?

Graf Bernstorff: Ich habe alles, was sich auf den Frieden bezog, sofort dem Obersten House mitgeteilt, so daß er in der Lage war, den Präsidenten zu unterrichten. Nach dem Stand der Verhältnisse in Amerika war es vollkommen ausgeschlossen, daß nach der Erklärung des ungelösten U-Bootskrieges noch verhandelt wurde.

Herrn v. Bethmann (Dem.): Sie haben keine Versuche mehr in dieser Richtung gemacht?

Graf Bernstorff: Ich habe es versucht und in derselben Weise wie immer verhandelt, aber es ist weiter nicht erfolgt.

Herrn v. Bethmann (Dem.): Glauben Sie, daß Sie nach Deutschland zurück?

Graf Bernstorff: Am 31. Januar abends habe ich die U-Bootsnote übergeben. Ich war überzeugt, daß keine andere Lösung mehr möglich war. Ich habe daher den Befehl zur Zerstörung der deutschen Handelsflotte schon am 31. Januar 10 Uhr ausgesetzt, da ich sicher war, daß am Abend es zu spät sein würde. Um sieben Uhr abends waren sie auch bereits von der amerikanischen Flotte beschossen.

Herrn v. Bethmann (Dem.): Am 18. Januar ist Ihnen ein Telegramm Zimmermanns zugegangen, in dem Sie gefragt werden, welcher Vorkämpfer die Interessen der Deutschen im Falle des Abbruchs der Beziehungen übernehmen würde.

Herrn v. Bethmann (Dem.): Glauben Sie das als Beweis auf, daß man in Deutschland Ihren höchsten Abbruch der Beziehungen erwartete?



**Graf Bernstorff:** Ich wieder seit einjährig Jahren darauf hin, daß der U-Bootkrieg den Bruch bedeutete; ich nahm also auch an, daß man in Berlin darauf geseht war.

**Hg. Dr. Singheim:** Am 18. Januar erhielten Sie ein Telegramm, in dem es hieß: Ich bin mit Wohl bewahrt, daß wir mit unserer Vergehen Gesetze laufen, den Bruch und möglicherweise den Krieg herbeizuführen. Wir sind entschlossen, dieses Risiko auf zu nehmen. Der Minister sagt hinzu, man hat also wohl mit der Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit des Bruchs in Berlin gerechnet.

**Vorj. Warmuth:** Wahrscheinlichkeit geht wohl zu weit.  
**Graf Bernstorff:** Ueber irgend etwas, was in Berlin geschah, kann ich nichts aussagen.

**Vorj. Warmuth:** Kommt dann zurück auf die gestrige bereits behandelten Äußerungen Wilsons im Senat, die nach dem englischen Original überprüft werden sollten. Es wird festgestellt, daß Wilson tatsächlich entsprechend den gestrigen Aussagen die Ansicht geäußert hatte, daß Amerika wahrscheinlich so wie sie in den Krieg hineingekommen wäre.

**Herrn Dr. Singheim:** Es wurde Ihnen in der amerikanischen Presse der Vorwurf der Doppelzüngigkeit gemacht. Es wurde gesagt, Sie hätten die Verhandlungen über die Friedensvermittlung nur geführt, um die Vorbereitungen zum U-Bootkrieg zu verschleiern.

**Graf Bernstorff:** Es ist klar, daß ich unbedingt an diese Friedensvermittlung geglaubt habe, und daß ich bis zuletzt geglaubt habe, daß ich dabei den Intentionen der deutschen Regierung entspräche.

**Herrn Dr. Singheim:** Sie haben in einer Zeitschrift zum Ausdruck gebracht, daß es sich in Berlin um den Kampf zweier Parteien handelte, von denen die eine den U-Bootkrieg wollte, die andere nicht.

**Graf Bernstorff:** Ich habe sie hauptsächlich gehabt in der Zeit zwischen dem „Lustonia“ und dem „Suffrag“-Fall, weil es sich damals darum handelte, welche Richtung die Oberhand gewinnen. Nach dem „Suffrag“-Vorfall habe ich allerdings geglaubt, daß die Richtung mit der ich harmonisierte, und die den U-Bootkrieg nicht führen, sondern mit Amerika verhandeln sollte, endgültig das Uebergewicht gewonnen hätte.

**Vorj. Warmuth:** Haben Sie bei Ihrer Rückkehr nach Deutschland in Folge der Art des Empfangs im Hauptquartier geglaubt, Schlüsse ziehen zu können?

**Graf Bernstorff:** Wenn ich unter dem SD gefragt werde, so muß ich antworten, daß ich allerdings die Erklärung des U-Bootkriegs als einen vollkommenen Sieg der militärischen Richtung ansehen habe.

**Vorj. Warmuth:** In welcher Form haben Sie Gelegenheit gehabt, Ihre Auffassungen als Vorkämpfer an die höchste Instanz zu bringen?

**Graf Bernstorff:** Ich habe am ersten Abend nach meiner Rückkehr eine Unterredung mit dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg gehabt.

**Vorj. Warmuth:** Was war Wesentliches dabei?

**Graf Bernstorff:** Es ist wohl besser, wenn Herr von Bethmann Hollweg das selber erzählt.

Auf Wunsch des Vorstehenden gibt aber Graf Bernstorff Auskunft: Herr von Bethmann Hollweg hat mir damals die Gründe angegeben, weshalb er die amerikanische Vermittlung nicht angenommen hat. Der erste Grund war, daß Wilsons Vermittlung in Deutschland so populär wäre, daß er damit im Reichstage nicht durchgekommen wäre. Es würde nur die Sozialdemokratische Partei sich damit einverstanden erklären haben und keine andere. (Bewegung.) Weiter erklärte der Kanzler, er könnte einen sogenannten faulen Frieden nicht schließen, ohne die letzte Waffe zu gebrauchen, welche im deutschen Volke als die stärkste und beste betrachtet wurde, und von der es glaubte, daß sie zum Siege führen würde.

**Vorj. Warmuth:** Wir werden später noch darauf zurückkommen.

Auf eine Frage des Vorstehenden Warmuth antwortet Graf Bernstorff, daß er erst 6 oder 7 Wochen nach seiner Rückkehr aus Amerika vom Kaiser empfangen worden sei. Er schildert auf weiteres Befragen die Animosität des Kaisers gegen ihn, die schon von früher her sei.

Weiter fragt Hg. Dr. Schilling: Haben Sie Gründe für die Annahme, daß Ihre ganze Vermittlungstätigkeit in Amerika in Deutschland von den Kreisen, die für den unbedingten U-Bootkrieg arbeiteten, mißbilligt worden ist? Haben Sie insbesondere diesen Eindruck gewonnen aus persönlichen Besprechungen mit militärischen Stellen, mit General Ludendorff oder mit anderen Herren des Hauptquartiers?

**Graf Bernstorff:** Ich habe am 4. Mai eine Unterredung mit General Ludendorff, aus der ich den Eindruck gewonnen, daß ihm meine Tätigkeit unerwünscht und unsympathisch war.

**Hg. Dr. Schilling:** Ich möchte Näheres wissen über den Verlauf dieser Unterredung.

### Ludendorffs Siegesgewißheit.

**Graf Bernstorff:** General Ludendorff empfing mich mit den Worten: „Sie wollten in Amerika den Frieden machen, Sie dachten wohl, wir wären zu Ende.“ Darauf habe ich erwidert: „Nein, ich glaube nicht, daß wir schon zu Ende sind. Aber ich wollte den Frieden machen, bevor wir zu Ende sein werden.“ Darauf hat mir General Ludendorff geantwortet:

„Ja, aber wir wollen nicht. (Bewegung.) Wir werden jetzt durch den U-Bootkrieg die Sache in drei Monaten beenden“ (Bewegung.) Darauf habe ich geantwortet, es sei sicher wäre, den Krieg in drei Monaten beenden zu können. Er hat erwidert, er hätte wenige Stunden vorher ganz bestimmte Nachrichten bekommen, daß England unter seinen Umständen den Krieg länger als drei Monate aushalten könne aus Mangel an Lebensmitteln.

General Ludendorff fragte mich dann, wann nach meiner Ansicht Amerika mit ernsthaften Streitkräften in Europa einmarschieren würde. Ich antwortete, daß dies nach einem Jahre etwa der Fall sein würde. Wenn er glaube, mit dem U-Bootkrieg den Krieg zu beenden zu können, mußte es vorher geschehen. Darauf antwortete General Ludendorff:

„Wir haben brauchen wir nicht, wir werden mit dem unbedingten U-Bootkrieg vorher fertig werden.“ (Erneute Bewegung.)

**Herrn Dr. Bonn:** Welches war das Ergebnis der Untersuchung wegen der mexikanischen Depesche?

**Graf Bernstorff:** Ich glaube, die Untersuchung hat überaus kein Ergebnis gehabt. Nachträglich aber ist bei mir kein Zweifel mehr darüber gewesen, daß unsere sämtlichen Depeschen von England entziffert worden sind.

**Herrn Dr. Bonn:** Sie glauben also, daß die Entzifferung der Mexikoderpeche erfolgte auf dem Wege zwischen Deutschland und Amerika, nicht nördlich auf dem Landweg von Amerika nach Mexiko?

**Graf Bernstorff:** Ich kann nur wiederholen, daß England unsere sämtlichen Depeschen abgefangen hat.

**Hg. Dr. Ebnah:** Den Mexiko-Botschaftsfall hat uns Staatssekretär Zimmermann etwas anders dargestellt. Er wird später darüber zu hören sein. Weshalb konnte England aber die Depeschen mitzulesen, warum wurden die Chiffren nicht geändert?

**Graf Bernstorff:** Die Chiffren sind selbstverständlich während des Krieges häufiger gewechselt worden als sonst. Aber die Verhandlung mit der Heimat war eben länger. Zuletzt brach uns die „Deutschland“ zwei mal neue Chiffren.

**Hg. Dr. Ebnah:** Sie kennen den Bericht, den Herr v. Daniel über die amerikanischen Hilfsquellen nach Europa geschickt hat?

**Graf Bernstorff:** Ich habe mit Herrn v. Daniel in Washington ein volles Harmonie zusammengearbeitet. Wir waren in Fragen einer Meinung. Etwa drei Wochen vor dem

Abbruch der diplomatischen Beziehungen richtete er an seinen Vertrautesten, den Grafen Monts um andere Herren Verteilungen über die amerikanischen Hilfsquellen. Er hat mir diese Depesche mindestens inhaltlich mitgeteilt, jedenfalls weiß ich, was er geschrieben hat.

**Hg. Dr. Ebnah:** Das waren also keine amtlichen Mitteilungen?

**Graf Bernstorff:** Es ist allgemein üblich, amtliche Nachrichten durch Privatbriefe zu unterrichten.

**Hg. Dr. Singheim:** Hat General Ludendorff von diesem Bericht des Herrn v. Daniel Kenntnis bekommen?

**Graf Bernstorff:** Ich glaube, daß Generalfeldmarschall v. Hindenburg durch den Grafen Monts Kenntnis davon erhalten hat.

**Hg. Dr. Singheim:** Nach den Akten hat General Ludendorff Mitteilung von dem Inhalt dieses Briefes erhalten, ebenso von den Auszeichnungen des jetzigen Unterstaatssekretärs Albert, die darauf hinausliefen, daß die Hilfsquellen Amerikas in jeder Beziehung unerlässlich wären. Dieser Bericht Alberts war am 12. September geschickt, und Dr. Helfferich hat diesen Bericht dem Auswärtigen Amt übergeben.

**Konful Mitter:** Wegen der Mexiko-Depesche ist eine eingehende Untersuchung geführt worden. Die Untersuchung hat ergeben, daß mit größter Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, daß die Depesche nicht vor dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Amerika und Deutschland in Amerika bekannt geworden ist, sondern erst erheblich später.

**Hg. Dr. Ebnah:** Haben Sie Anhaltspunkte dafür, daß die mexikanische Angelegenheit mit dazu beigetragen hat, die deutsche Politik in Amerika als zweideutig und hinterhältig erscheinen zu lassen?

**Graf Bernstorff:** Selbstverständlich wurde die Mexikodepesche propagandistisch gegen uns verwendet. Einen besonderen Einfluß auf den Gang der Weltgeschichte aber hatte sie nicht, denn der Krieg war ja da.

**Hg. Dr. Ebnah:** Hand die Unterredung mit General Ludendorff vor Ihrer ersten Unterredung mit dem Kaiser statt oder nachher?

**Graf Bernstorff:** Ich habe den Kaiser vorher gesprochen.

**Hg. Dr. Ebnah:** Haben Sie auch mit anderen Herren des Hauptquartiers gesprochen?

**Graf Bernstorff:** Ich habe auch mit Generalfeldmarschall v. Hindenburg gesprochen.

**Hg. Dr. Ebnah:** Ist Ihnen von jemand gesagt worden, daß man dem Kaiser so ernste Sachen nicht mitteilen möchte. Vielleicht von Herren der politischen Weltung im Hauptquartier?

**Graf Bernstorff:** Nein.

**Hg. Dr. Singheim:** Hätten Sie die Gründe, aus denen Sie heraus vom Kaiser nicht empfangen werden sollten, für echt oder nur für Vorwände?

**Graf Bernstorff:** Vorwände ist ein zu starker Ausdruck. Ich habe allerdings persönlich angenommen, daß dieser gehende politische Meinungsverschiedenheiten die Ursache waren.

**Hg. Dr. Singheim:** Haben Sie Anhaltspunkte dafür, daß gewisse Kreise den Kaiser bestimmt haben, Sie nicht zu empfangen, weil Sie über die Friedensaktion Wilsons genau Auskunft geben konnten?

**Graf Bernstorff:** Bestimmte Anhaltspunkte nicht.

**Hg. Dr. Singheim:** Es fällt auf, daß der Kaiser sich in dem mehrfach erwähnten Telegramm an Staatssekretär Zimmermann nach einer Friedensaktion Wilsons erkundigt. Er kann doch also nicht unterrichtet gewesen sein. Ist Ihnen bekannt, daß in der deutschen Presse eine Friedensaktion Wilsons als unpopulär angesehen wurde? Haben Sie nicht einmal gesagt, warum man die Presse nicht aufkläre über die Absichten der Reichsregierung? Sie beklagten sich doch einmal über die Haltung der deutschen Presse.

**Graf Bernstorff:** Ich habe angenommen, daß in der Presse künstlich eine Agitation für den U-Bootkrieg gemacht wurde. Da diese künstliche Agitation für den U-Bootkrieg meistens mit Angriffen gegen mich verdrängt war, und weil diese Presse des Auswärtigen Amt ebenso scharf angriff wie mich, so habe ich mich allerdings gefragt, ob man die Presse nicht anders hätte beeinflussen können. Von Amerika aus konnte ich das aber nicht so genau beurteilen.

**Vorj. Warmuth:** Sie sprechen von einer künstlichen Stimmungsmache. Konnte nicht eine ganz natürliche Stimmungsmache vorliegen?

**Graf Bernstorff:** Von meinem Standpunkt aus habe ich diese Agitation für künstlich gehalten und halte sie noch heute dafür. Ich glaube noch heute, daß, wenn die öffentliche Meinung in Deutschland zu wählen gehabt hätte zwischen einem möglichen Verständigungsfrieden und dem U-Bootkrieg, sie sich für den Verständigungsfrieden entschieden hätte, wenn man sie genau aufgeklärt hätte.

**Vorj. Warmuth:** Das ist aber Ihre rein subjektive Auffassung.

**Graf Bernstorff:** Genügend Anhaltspunkte dafür habe ich nicht, ich habe das so angenommen.

**Professor Bonn:** Haben Sie am 4. Mai, als Sie mit General Ludendorff sprachen, zum ersten Mal mit Herren der Obersten Heeresleitung offiziell verhandelt?

**Graf Bernstorff:** Das erste Mal!

**Professor Bonn:** Als Sie am 14. März hier anlangten, waren die Beziehungen schon abgebrochen. Es spielten aber doch noch allerlei Möglichkeiten, wenn auch sehr vage, daß es doch noch nicht zum Bruch zu kommen brauche. Der Kriegszustand trat erst am 2. April ein. Diese Zeit ist von den maßgebenden Kreisen nicht ausgenutzt worden, um sie zu einer persönlichen Berichterstattung auszufordern?

**Graf Bernstorff:** Ich könnte mich in den Daten irren, aber so viel weiß ich: an dem Tage meiner Ankunft waren alle diese Fragen in sämtlichen Phasen bereits erledigt. Auch heute bin ich noch der Ansicht, daß meine Zurückhaltung in Hinblick den Bruch gehabt hat, mir die Gelegenheit zu nehmen, hier etwas zu unternehmen.

**Herrn Dr. Bonn:** Haben Sie General Ludendorff zu verstehen gegeben, daß diese Friedensbemühungen keine diplomatische Extratour ihrerseits sei, sondern daß Sie mindestens gleichgültig der Meinung waren, die Politik der Regierung zu vertreten?

**Graf Bernstorff:** Ja, das habe ich ihm gesagt. Ich entsinne mich auf eine Äußerung, die mir vorher entfallen war, daß General Ludendorff mir auf meine Bemerkung, daß ich den Frieden hätte machen wollen, er wie am Ende seien, antwortete: „Liebrigens sind Sie ja wohl zum Teil berechtigt gewesen, wenn Sie geglaubt haben, in dieser Hinsicht tätig sein zu sollen, denn auf den Informationen konnten Sie wohl den Gedanken herauslesen, daß wir am Ende wären.“ Auf diese Antwort entsinne ich mich.

**Herrn Dr. Bonn:** Haben Sie bei der Unterredung mit General Ludendorff die Friedensschritte im einzelnen besprochen?

**Graf Bernstorff:** Im einzelnen, nein.

**Herrn Dr. Bonn:** Wäre er damals, daß nach dem 22. Januar Wilson durch Oberst House nochmals seine Friedensvermittlung angeboten hat?

**Graf Bernstorff:** Das wußte er.

**Hg. Dr. Ebnah:** Herr Graf, ist die Audienz beim Kaiser nach Ihrer Rückkehr erfolgt, weil es üblich war, daß Diplomaten bei ihrer Heimkehr sich melden, oder wurde von irgendeiner Seite besonderer Wert darauf gelegt, vielleicht von Ihnen oder vom Reichskanzler?

**Graf Bernstorff:** Es war üblich, daß wir uns immer melden, wenn wir nach Berlin kamen, vollends nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen habe ich es für ganz selbstverständlich gehalten, mich zu melden.

**Hg. Dr. Ebnah:** Sprechen Sie bei Ihrer ersten Unterredung mit Herrn v. Bethmann darüber?

**Graf Bernstorff:** Ich glaube, der Reichskanzler hat mir gesagt, ich würde demnächst empfangen werden. Auf alle Fälle war die Rede davon, daß es erwünscht sei, daß der Kaiser mich sehe.

**Hg. Dr. Ebnah:** Wie interessiert der technische Gang, wie diese Unterredung hergestellt worden ist.

**Graf Bernstorff:** Es bedurfte dazu der Anmeldung durch das Auswärtige Amt.

**Hg. Dr. Ebnah:** Ist diese sofort erfolgt?

**Graf Bernstorff:** Soweit ich mich entsinne, sofort. Nach den Gründen der Verzögerung habe ich mich später erkundigt, das Auswärtige Amt hat, soweit ich mich entsinne, meine Vorstellung sofort in die Wege geleitet.

**Hg. Dr. Ebnah:** Ist Ihre Besprechung mit Generalfeldmarschall Hindenburg und General Ludendorff auch von irgendeiner Seite, von Ihnen, dem Reichskanzler oder dem Auswärtigen Amt veranlaßt worden oder ergab sie sich zufällig?

**Graf Bernstorff:** Das Zusammenreffen ergab sich von selbst. Ich erhielt ein Telegramm vom Auswärtigen Amt, daß ich mich zu melden hätte. An der Frühstückstafel nahmen auch Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff teil. Da habe ich mich aus reiner Höflichkeit verpflichtet gefühlt, so den Herren Besuche zu machen.

**Hg. Dr. Ebnah:** Die Heeresleitung hat also nicht das Bedürfnis gehabt, Sie zu sprechen?

**Graf Bernstorff:** Eine Aufforderung habe ich nicht erhalten.

**Vorstehender Warmuth:** Sie haben nach Ihrer Rückkehr eine Unterredung mit Staatssekretär Zimmermann gehabt. Ist dabei, wie ich als selbstverständlich annehme, auch von den Friedensvermittlungen Wilsons gesprochen worden und ist die Ernsthaftigkeit dieser Vermittlungsvorschläge besprochen worden?

**Graf Bernstorff:** Soweit ich mich entsinne, habe ich am Tage nach meiner Rückkehr mit Staatssekretär Zimmermann und dem österreichischen Vorkämpfer gesprochen. Bei der Audienz wurde über die Sachlage allgemein gesprochen.

**Hg. Dr. Ebnah:** Sie haben vorher gesagt, daß Sie den Eindruck gehabt hätten, daß die Stimmung der Presse auf künftiger Woche beruhe. War Ihnen das Vorhandensein und die Tätigkeit des Kriegspresseamtes und der Zensur bekannt, die starken Einfluß auf die Haltung der Presse ausübten?

**Graf Bernstorff:** So genau konnte ich von Amerika aus die Verhältnisse nicht, aber ich habe geglaubt, daß seitens der Marinebehörde die Presse im Sinne des U-Bootkriegs beeinflusst werde. Das glaube ich auch heute noch. Politisch kann ich natürlich nicht angeben.

**Hg. Dr. Ebnah:** Ist bei der Unterredung mit dem Reichskanzler trotz des kritischen Stadiums doch noch von dem Versuch gesprochen worden, erneut mit der amerikanischen Regierung in Fühlung zu kommen, oder haben Sie die Ueberzeugung gehabt, daß doch alles unnütz sei?

**Graf Bernstorff:** Ich habe keine Anregung mehr gegeben, weil ich alles für erledigt hielt und fest davon überzeugt war, daß der Krieg erklärt werden würde.

**Hg. Dr. Ebnah:** Sie haben also keine Anregungen gegeben, die etwa nicht befolgt worden wären?

**Graf Bernstorff:** Genau kann ich mich nicht entsinnen, was damals gesagt worden ist, aber jedenfalls ist eine Anregung meinerseits mir nicht erinnerlich.

Auf weiteres Befragen durch den Hg. Dr. Ebnah erklärt Graf Bernstorff, daß ihm im allgemeinen die Tätigkeit des Kriegspresseamtes und die Einrichtung der Zensur bekannt gewesen sei.

**Hg. Dr. Singheim:** Hiel Ihnen nicht auf, daß gerade in der Zeit, wo die Friedensaktion Wilsons gewünscht wurde, die schärfste Zensur gegen Wilson zugunsten des U-Bootkriegs geführt wurde?

**Graf Bernstorff:** Aufgefallen ist es mir.

**Hg. Dr. Singheim:** Diese beiden Faktoren stehen doch einander vollständig diametral entgegen.

**Graf Bernstorff:** Ich habe angenommen, daß auf die Presse in diesem Sinne eingewirkt worden ist.

Damit schließt die Vernehmung des Grafen Bernstorff ab. Die nächste Sitzung wird am 31. Oktober, 10 Uhr, vormittags, wahrscheinlich im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses stattfinden. Es wird an diesem Tage der frühere Reichskanzler v. Bethmann Hollweg vernommen werden, der Vorkämpfer a. D. Graf Bernstorff wird zu eventueller Gegenüberstellung ebenfalls zu dieser Tagung geladen werden.

### Herrn Hülf zur Beachtung.

Der auf Veranlassung des Ausschusses der Studentenschaft der Berliner Handelshochschule unternommene Versuch zur Schaffung einer „kaufmännischen Rothilfe“ als einer Streikbrecherorganisation Berliner Studenten, droht zu einem bemerkenswerten Konflikt unter den Studierenden der Handelshochschule zu führen. Wegen der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft an der Handelshochschule Berlin, die auf Grund ihrer sozialistischen Ueberzeugung aufs Schärfste gegen die Schaffung einer solchen Streikbrecherorganisation protestiert und es für ihre Mitglieder abgelehnt hat, sich für solche Streikbrecherdienste herzugeben, wird von selten des als überregionalen und arbeiterfeindlich genugsam bekannten höchsten Leiters der Handelshochschule ein regelrechtes Kesseltreiben veranstaltet. Wegen der Vorherrschaft der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft insbesondere, der den Protest gegen die „kaufmännische Rothilfe“ mitunterzeichnet hat, wird unter dem Vorwande der Beilegung der Studentenschaft Disziplinarverfahren über Disziplinarverfahren abhängig gemacht. In Wirklichkeit handelt es sich um nichts anderes, als um die Veräppelung des sozialistischen Geistes unter der Studentenschaft der Handelshochschule, für den der Fall der „kaufmännischen Rothilfe“ nur einen Vorwand bietet.

Die Art, in der von mächtigen reaktionären Gruppen an der Handelshochschule der Kampf gegen den Sozialismus geführt wird, und die Maßregeln, die hierbei in durchaus nicht objektiver Weise gegen sozialistische Studenten getroffen werden, dürften wert sein, die größte Aufmerksamkeit des Kultusministers zu erregen. Dingen's Giletz noi, da bereits in diesen Tagen in dem Disziplinarverfahren gegen den Vorstehenden der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft eine neue Verhandlung stattfinden soll.

### Verständerte Millionen.

Aus Kreisen der Autoindustrie erhält eine Berliner Korrespondenz die Mitteilung, daß die übermäßige Inanspruchnahme von Automobilen durch die militärischen Behörden zu vielfach sehr überflüssigen Fahrten dem Reich zu weniger als 60 Millionen Mark jährlich gekostet hat und noch kostet. — Es ist längst bekannt, daß die Militärs behörden die Automobilen nicht nur für Dienstfahrten, sondern in einem weit höheren Maße für persönliche Spritzfahrten benutzen. Dagegen einzusparen, ist natürlich unmöglich, da die Militärs nötig Herren der Lage geworden sind und sich kein Bedauern über ihren Tätigkeitskreis machen lassen.



**Theater und Vergnügungen.**

**Volkstheater.** Theater am Dönhofsplatz. 7 Uhr: Paul Lange und Tora Farnberg  
**Opernhaus.** 5 Uhr: Der Rosenkavalier  
**Schauspielhaus.** 7 Uhr: Judith.

**Deutsches Theater.** Direktion: Max Reinhardt. 7 Uhr: Othello.  
**Kammerpiele.** 7 Uhr: Die Räuber der Pandora

**Königsgrüner Straße.** 7 Uhr: Ein Trauerspiel. Sonntag: Schöner Wägen sein  
**Komödienhaus.** 7 Uhr: Liselott

**Berliner Theater.** 7.30 Uhr: Bummel-Studenten.  
**Lessing-Theater.** Direktion: Victor Barnowsky. 7 Uhr: Peer Gynt. Sonntag: Christa die Jante.

**Deutsch-Künstler-Theater.** 7 Uhr: Zum 1. Male: Cyrienne.  
**Residenz-Theater.** Stadtbahn Jannowitzbrücke. Täglich 8 Uhr: D. höhere Leben. Sonntag: Hansel u. Gretel.

**Trianon-Theater.** 7 Uhr: Maskerade.  
**Walhalla-Theater.** 7 Uhr: Eine Frau wie Du.

**Casino-Theater.** Ledrigauer Str. 27. Täglich 7.30 Uhr: Großstadt-Pflanzen.  
**Rose-Theater.** 7 Uhr: Das Gesetz.

**Wintergarten.** täglich 7 1/2 Uhr Varietévorstellung

**Apollo-Theater.** Friedrichstr. 218. A. Labadie. Sonntag: Die Welt im Jahre 2000

**Elite-Sänger.** 7.30 Uhr: Die Welt im Jahre 2000

**Königsgrüner Straße.** 7.30 Uhr: Die Welt im Jahre 2000

**Königsgrüner Straße.** 7.30 Uhr: Die Welt im Jahre 2000

**Circus Busch.** Freitag, 24. Oktober, abends 7 Uhr. „Aphrodite“

**Fortuna-Lichtspiele.** Müllerstrasse 12e. Die Brüder von St. Parasitus

**Die andere Welt.** Drama aus dem modernen Leben in 5 Akten mit Charlotte Böcklin

**Residenz-Lichtspiele.** Blumenstraße 10, neben Residenz-Theater. ELLEN RICHTER in Das Teehaus zu den 10 Lotusblumen

**Merkur-Palast.** Ecke Potsdamer- und Strausberger Straße. Von Freitag bis Montag Lotte Neumann in dem phantastischen Filmwerk Arme Thea

**Schwarzer Kater.** Schaubühne Moritzplatz (früher Buszenhagen). Das Riesen-Oktober-Varieté-Programm

**Brauerei Königstadt.** am Schönhauser Tor. Säle von 2000-100 Personen und Veranda-Zimmer sind noch einige Tage zu vergeben.

**PAUL CASSIRER.** AUSSTELLUNG AUGUST GAUL. W. VIKTORIASTRASSE 35

**Zochers Lichtspiele und Kaffee.** Wrangelstr. 53, Enging Falkenstein Straße 111. Die Okarina

**Neu eröffnet! Im Kaffee.** Musikalische Darbietungen, Gesellschaften, Kapelle Polze, bei freiem Zutritt.

**Bunte im Berliner Theater**  
zum 400. Male:  
**Bummel-Studenten**  
Der große Erfolg:  
Die Operettenparodie

**PALAST-LICHTSPIELE**  
NEUE PHILHARMONIE  
KÖPENICKER-STR. 99/101  
AM UNTERGRUNDHOF INSELBRÜCKE  
Vom 24. bis 30. Oktober  
Uraufführung  
**Die Siebzehnjährigen**  
mit Hanni WEISSE und Kurt Vespermann  
**Die Ferienbraut**  
Schwank mit Kurt Vespermann  
Film-Tee und Konzert

**SCHAU-BURG**  
Uraufführung  
**Sünden der Eltern**  
Die soziale Zeitbild von Arthur Teuber  
Spielleitung: Richard Eichberg  
Wegen des großen Erfolges verlängert:  
In seinem FILMSKETCH  
„Ein heisser Tag“

**Paul Heidemann persönlich**  
Beginn: Wochentags 6 1/2 Uhr  
Sonntags 3 1/2 Uhr

**Schwarzer Kater**  
Schaubühne Moritzplatz  
(früher Buszenhagen)  
Das Riesen-Oktober-Varieté-Programm

**Brauerei Königstadt**  
am Schönhauser Tor  
Säle von 2000-100 Personen  
und Veranda-Zimmer  
sind noch einige Tage zu vergeben.  
Hans Liebig, Oekonom.

**PAUL CASSIRER**  
AUSSTELLUNG  
**AUGUST GAUL**  
W. VIKTORIASTRASSE 35

Ich habe mich hier als  
**Rechtsanwalt** niedergelassen.  
**Rechtsanwalt Hermann Hirsch**  
Contr. 9780. Berlin, Unter den Linden 56.

**Bund für**  
Ureigliederung des sozialen Organismus,  
**L. Werbeck, Hamburg.**  
**Menschheitsforderungen**  
des Proletariats.  
Sonntag, 26. Oktober, 10 Uhr vormittags  
im großen Saal (früher Arminhallen),  
Kommandantenstraße 58-59, nahe Dönhofsplatz.  
Eintritt frei.  
Menschen, Kopf- und Handarbeiter, wolt ihr heraus aus dem sozialen Elend, so rafft euch auf zu neuem Denken!  
**Wer jetzt ka. ff. kauft billig!**  
jeder Art, Skunk, Marder, Alaska, Blau- u. Kreuzliche, Herre-pelze, Damen-Palmdiel, eigene Fabrikat u. daher billig, Reparaturen nach neuesten Modellen.  
**Poezter, Kirschnerstr., Kobbuser Platz 15**  
Bitte Hausnummer beachten!

**„Aufbau und Werden“**  
Gesellschaft für praktische Volksaufklärung.  
**Bilanz-Aufbau und Kritik.**  
9 Vorträge  
von Wilhelm Nöllenburg, Lektor (Sheffield University), unter besonderer Berücksichtigung der auf Grund des in Beratung befindlichen Gesetzes über die Betriebsräte an die Arbeiterschaft gesellten Anforderungen in der Aula des Sophien-Lyzeums, Waisenmeisterstraße 12-17. Die Vorträge finden allwöchentlich Freitags statt.  
Beginn abends 7 Uhr. Ende gegen 9 1/2 Uhr.  
Erster Vortrag Freitag, 24. Oktober 1919, alsdann am Freitag jeder folgenden Woche.  
**Bilanz-Aufbau.**  
I. Teil.  
1. Abend, 24. 10. 19: Entstehung, Grundlagen und Aufmachung der Bilanzen. Literatur-Angaben.  
2. Ab. 25. 10. 19: Bewertung: Aktiv- und Passiv-Posten, Reserven, Rückgewinn.  
3. Abend, 26. 10. 19: Geschäftsbericht, Dividendenpolitik, Grundlagen der Bilanzkritik: Bilanzkritik: ihr Wesen, Aufgaben, Möglichkeiten und Grenzen.  
4. Abend, 27. 10. 19: Zerliederung einer einfachen Bilanz. Statistik, Volkswirtschaft und Bilanz, Diskussion.  
**Bilanz-Kritik.**  
II. Teil. Die Bilanz vom privatwirtschaftlichen Standpunkt aus.  
5. Abend, 28. 10. 19: „Praxerel-Bilanz“ (Entscheidungskosten), Bilanz einer chemischen Fabrik (Reklame, Unkosten).  
**Bilanz-Aufbau und Werden“.** Berlin W 62, Lutherstraße 19.

**Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wärbearbeiter Deutschlands**  
(Zentrale Berlin, Sebaltskfr. 87/88).

**Achtung!**  
An unsere Mitglieder der Herrenmaßbranche!  
Heute, Freitag, den 24. d. M., abends 7 Uhr, findet in den Sophien-Sälen, Sophienstraße 15, eine  
**wichtige Versammlung**  
aller in der Herrenmaßbranche Beschäftigten statt.

**Stellungnahme zum Streik.** Referent: Kollege Wilhelm Schumacher.  
In Anbetracht dessen, daß am 22. Oktober 1919 laut Vereinbarung in Cassel die erste Abrechnung erfolgen sollte, daß aber dessen ungeachtet noch nicht einmal die Klaffeneinteilung erledigt werden konnte, machen wir es unseren Kollegen und Kolleginnen der Herrenmaßbranche zur Pflicht, in dieser überaus wichtigen Versammlung zu erscheinen.  
Wichtigste Sache legitimiert; ohne daselbe aber mit mehr als acht referierenden Wochenbeiträgen kein Zutritt.  
**Für die Vertrauensleute der Herrenmaßbranche**  
findet am Freitag, den 24. Oktober, abends 6 Uhr, in den Sophien-Sälen, Sophienstraße 15, eine  
**Vorbesprechung**  
statt. — Wir bitten die Vertrauensleute, alle Kollegen und Kolleginnen auf obige Versammlung aufmerksam zu machen.  
Die Ortsverwaltung.

**Achtung!**  
**Arbeiter-Betriebsräte**  
(Arbeiter-, Angestellten- und Funktionäre)  
der gesamt. Stein- u. Bauindustrie.  
Freitag, den 24. Oktober 1919, abends 6 1/2 Uhr, findet in den Sophien-Sälen, Sophienstraße 15, eine  
große  
**Funktionärversammlung**  
der gesamt. Stein- und Bauindustrie  
statt.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin R. 54, Lindenstraße 55/58.  
Gesamtagung v. vorm. 8 Uhr bis nachm. 4 Uhr.  
Telephon: Ami Norden 185, 1289, 1987, 9714.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin  
Bureau: Berlin S. O. 18, Rungelstr. 58.  
Fernsprecher: Ami Rordingpl. Nr. 10023 und 5578

**Kupfer, Messing, Quecksilber,**  
Platin, Gold, Silber, Almetalle, Kupfer  
PETERS, Preislauner Str. 34, Neue Köpenick, 82.  
MOEBUS, Wollgasse 3, G. ERMEL, Gubenstr. 37.  
DEGENER, Schöneberg, Lichtstr. 46.  
W. HAASE, Skalitzer Str. 99 A, Ecke Lustiger Platz.

**DIE WELTBÜHNE**  
Der Schaubühne XV. Jahr  
Wochenschrift für Politik, Kunst, Wirtschaft  
Herausgeber: Siegfried Jacobsohn  
Nummer 44 23. Oktober 1919  
Heinrich Strübel: Rußland und Deutschland  
Ignaz Wrobel: Die Balkanischen Kriege  
Egon Friedell: Das Christentum  
Joachim Beck: Palästina  
Kasper Hauser: Klage über ein Pöbelvolk  
Eugen Sautmar: Ungarn Rückweg  
Franz Reichwald: Staatsbankrott?  
Vierteljährlich 11.— Mark halbjährlich 21.— Mark, jährlich 40.— Mark Nummer 1.— Mark Probenummer gratis vom Verlag Charlottenberg, Dornburgstraße 25 (Wilhelm 194).

**Schwer öigkeit**  
Auskunft erteilt bei  
Hörmelmann.  
Beginn und an- sichts tragen. Sitz herkommen.  
Sais-Versand, Hebe 1. 12.

**Möbel**  
bekommen Sie nirgends  
**ohne Anzahlung,**  
doch bei bequemer Zahlungsweise schon seit 50 Jahren bei  
**Barthel**  
Zorndorfer Straße 54.

**Bettstätten**  
Befreiung sofort. Alter u. Geschlecht ungen. Anst. ungen.  
Sais-Versand, Hebe 1. 12.

**Küchen**  
solange Vorrat reicht  
**Mk. 360**  
Schlafzimmer  
von Mk. 1450 an  
Speisezimmer  
Herrenzimmer  
in allen Preislagen nur in der  
Möbelhalle „Osten“  
Alexanderstraße 14b

**Verband der Steinleger und Berufsgeoffenen**  
Zentrale Berlin.  
**Achtung!**  
Allen Kollegen hiermit nochmals zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 23. Oktober, vorm. 9 1/2 Uhr, in den Sophien-Sälen, großer Saal, eine  
**ordentliche Mitgliederversammlung**  
stattfindet.  
Tagesordnung: Unsere Hilfsangelegenheit, betr. des neugewählten Vorstandes. 2. Wie steht es mit unserer Lohnangelegenheit? 3. Berichtsabend.  
Wir ersuchen, der Wichtigkeit der Tagesordnung halber jeden einzelnen Kollegen, recht pünktlich zu der Versammlung zu erscheinen.  
Der Vorstand:  
J. A. O. K. R. I. T.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin  
Bureau: Berlin S. O. 18, Rungelstr. 58.  
Fernsprecher: Ami Rordingpl. Nr. 10023 und 5578

**Achtung! Vertrauensmänner!**  
**Gesamt-vertrauensmänner-versammlung**  
findet am  
Dienstag, den 23. Oktober, abends 7 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, Saal 1.  
Tagesordnung: 1. Der Reichsrat und die Berliner  
Bereitschaft. Referenten von der Verwaltung und  
dem Hauptvorstande. 2. Stellungnahme zur Vertrags-  
kündigung.  
Zweck: 1. Vertrauensmänner: Sonntag, den 23. Okto-  
ber, vorm. 10 Uhr, Arbeitslosen-Saal  
Rungelstraße 58.

**Achtung!**  
wichtige Besprechung  
für alle Kollegen, welche der Innungsarbeiten-  
stelle der Drechsler angehören.  
und Hilfsmittel: Sonntag, den 23. Oktober,  
vorm. 9 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus,  
Engelstr. 15 (Saal 1). Befonders notwendig ist  
Ordnung der Arbeiten vom Nachhause, Werk-  
s-Rolle, Röhre, Zylinder und Drechsler.  
Die Ortsverwaltung.

**Kupfer, Messing, Quecksilber,**  
Platin, Gold, Silber, Almetalle, Kupfer  
PETERS, Preislauner Str. 34, Neue Köpenick, 82.  
MOEBUS, Wollgasse 3, G. ERMEL, Gubenstr. 37.  
DEGENER, Schöneberg, Lichtstr. 46.  
W. HAASE, Skalitzer Str. 99 A, Ecke Lustiger Platz.



# Die Bluttaten der Weißen Garde.

## Die schuldigen Offiziere sitzen nicht auf der Anklagebank.

### Dritter Verhandlungstag.

München, den 23. Oktober.

Die Erregung der Jüdder, die infolge der geradezu empfindlichen Mordtaten der Weißen Garde, wie sie der Prozeß zulage bringt, bereits während der ersten beiden Verhandlungstage außerordentlich groß war, ist zu Beginn der heutigen Sitzung noch gesteigert. Dies kommt vor allem daher, daß nach der Ansicht der Jüdder lange nicht alle Schuldigen auf der Anklagebank sitzen. Im besonderen verlangt man die Einbegleichung des Hauptmanns v. Sutterheim in den Prozeß mit der Begründung, daß dieser und andere Vorgesetzte nicht nur ihre Pflicht verabsäumt, sondern auch mit der Ermordung der Opfer einverstanden gewesen seien. Dazu kommt, daß die Hinterbliebenen der Ermordeten bisher keinerlei Entschädigung erhalten haben. Die Militärbehörde und der bayerische Staat streiten sich zur Zeit noch immer um die Frage, wie für den Schaden aufzukommen habe.

In der Fortsetzung der Beweisaufnahme erklärte der Reichswehrfahndat und Stabarzt Kurjabe vom Alexanderregiment in Berlin, er habe zu der Patrouille gehört, welche die ermordeten Gefellen zum Karolinenplatz zu führen hatte. Er bestritt entschieden, daß irgend jemand im Verein mit Legationsoffizieren vorgezogen habe. Sein Mensch habe eine Wunde gehabt, daß es sich um harmlose Leute handelte, vielmehr sei der ganze Trupp der Meinung gewesen, daß man tatsächlich Spartaisten vor sich habe. Mitteilungen seien bis zum Verlassen der unteiligen Militärpersonen durchaus nicht vorgekommen, erst der Anzeigende Wokowski habe Unterte in die Reihen der Wachmannschaften getragen. Und als dann Schüsse fielen und bei den Wachmannschaften der Verdacht wach wurde, daß die Schüsse aus den Reihen der angeblichen Spartaisten gefallen seien, habe sich dieser berechtigten Forderung bemächtigt. Als die Schüsse gefallen seien, habe er, der Zeuge, einknirschend auf die fremden Soldaten eingeschrien. Es hieß jedoch: Wir wissen, was wir zu tun haben. Damit war das Signal zu einer allgemeinen Prügelei gegeben und ein Einschreiten gegen die sich toll gebärdenden fremden Soldaten wäre den Wachmannschaften nicht möglich gewesen.

Zeuge Hedwieser Voller wohnte in dem Hause Karolinenplatz Nr. 6, in das die Ermordeten eingeliefert wurden. Er hörte, wie die Verhafteten führten, sie seien keine Spartaisten, sondern Mitglieder des St. Josef-Vereins. Aber man hörte sie in dem Lachen der Menge. Der Zeuge stürzte sofort in den Keller, sich dort einige Leute mit schweren Verletzungen und verstarb, im Verein mit besonnenen Wachmannschaften die todbenden Soldaten zu beruhigen. Auf seine Frage, wo man die Leute denn erwischte habe, hätte ihm einer der Soldaten erklärt, die Verhafteten seien in einem Kino versammelt gewesen und hätten Maschinengewehre mit sich geführt. Aus dieser Zeuge belastet Wokowski in schwerer Weise und behauptet, daß er die anderen Soldaten erst in Erregung brachte und wiederholt sagte, es seien alle Spartaisten. Der Zeuge hat auch gesehen,

wie die Soldaten die Leichen ausplünderten.

Zeuge Schöbe Kott enhöfer, der auch zufällig zu dem Anwalt hingekam, behauptet, daß der Hauptangeklagte Müller auf ihn den Eindruck eines Schwabens machte. Müller schrie fortwährend: „Die Spartaisten müssen alle hin!“ und sprach wahllos auf die Leute ein. Verschiedene andere Zeugen behaupten noch, daß Müller und Wokowski die Mordführer gewesen seien und schieden ebenfalls die grausigen Einzelheiten im Keller. Es geht daraus hervor, daß Müller überhaaupt nicht zu händigen war und erst von den Opfern abließ, als es hieß, daß der Oberst Kundt in dem Grundhause erschienen sei. In diesem Augenblicke seien viele der Soldaten davongelaufen und über die Pforte geklettert. Anders wurden auf Anordnung des Obersten sofort verhaftet und abgeführt.

### Ein vielsagender Befehl.

Ueber die damalige Stimmung in München heißt Rechtsanwalt Ruybau von der Oberleitung der Münchener Rechts-

sozialdemokratie folgendes mit: Es habe damals eine ungeheure Aufregung in München geherrscht, besonders weil eben die Gefelle, die in den Verhaftungen vorgekommen waren. Von beiden Seiten seien andauernd Beschwerden bei der Parteileitung eingegangen. Die Münchener hätten sich beklagt,

daß die Reichswehr willkürlich Erschießungen vornehme

und die Reichswehr habe sich darüber beschwert, daß die Bevölkerung ihr Schweregeleit bei der Wiederherstellung der Ordnung mache. Der Zeuge hatte dann Besprechungen mit General v. Oden und General v. Mühl, zumal auch eine große Reihe von Deputierten aller Art einging. Es wurde dann ein Befehl an die Truppen erlassen, keinerlei Erschießungen ohne vorheriges Gerichtsverfahren vorzunehmen. Das war am 3. Mai. Inzwischen erfolgte jedoch die Erschießung des viel genannten früheren Stadtkommandanten von München, des Majoren Eglhofer, und es wurde behauptet, daß dieser keineswegs in den Kämpfen in München gefallen sei, sondern daß ihn Reichswehrgenossen auf dem Hof der Residenz grandios erschossen hätten. Die damaligen Vorkommnisse beim Oberkommando läßt man dem zu der Erklärung, daß die Reichswehr mit besonderer Vorsicht vorzugehen werde, und es sei auch an die Truppen ein diesbezüglicher Befehl ergangen.

Die Verteidigung macht geltend, daß die Erregung in München, und besonders bei der Reichswehr so groß gewesen sei, daß sie sich jederzeit auch den Angeklagten misgeheilt habe, weshalb diese nicht zu beurteilen seien. Auch sei zu fragen, inwieweit die Angeklagten über das Erschießungsverbot instruiert worden seien. — Die weiteren Vermutungen drehen sich dann um die Frage, ob auch noch weitere Täter in Frage kommen.

Nach einigen unwesentlichen Zeugenerwähnungen werden dann die Zeugen im einzelnen aus Berlin erfragt. Zeugen in den Sitzungen genannt. Unter ihnen befinden sich Oberst Kundt, Hauptmann v. Sutterheim und Offiziersstellvertreter Friede; dagegen fehlt der Oberleutnant Graf v. Hülsen, da er sich auf Urlaub in Weiskalen befindet. — Der Vorsitzende ermahnt sämtliche Zeugen eindringlich, die reine Wahrheit zu sagen.

### Der Mordbefehl des Obersten Epp.

Mit den Zeugen zusammen ist auch der Schriftsteller Paul Kampmeier, der jetzt die amtliche Bayerische Kollisionsaufklärung in München leitet, erschienen. Er war Mitglied des Aktionsausschusses während der letzten April- und Maiwoche und wird auf Antrag des Verteidigers, Rechtsanwalt Kaufmann, gütlich vernommen. Er behauptet:

Als Mitglieder des Aktionsausschusses haben wir uns damals sehr oft mit der Frage der Exekution und Denunziationen befaßt, die hier Ende April und Mai sehr oft vorkamen. Der Ausschuss hatte den Zweck, die Vermittlung zwischen der Regierung in Bamberg und dem Militär zu erhalten. Vor allem aber war er zu dem Zweck gebildet, die Militärregierung unter allen Umständen zu stützen. Nach dem Sturz derselben haben wir unsere Tätigkeit beendigt, indem wir die Beziehungen zum eingerückten Militär übernahmen. Es erschien uns merkwürdig, daß wir dem ersten Tag an überhäuft wurden mit Beschwerden über

### willkürliche Verhaftungen und Einrichtungen.

Wir gingen diesen nach und stießen auf eine ganze Anzahl Fälle, in denen grobe Unregelmäßigkeiten vorgekommen waren. Ich erinnere besonders an den Fall Gustav Landauer, an den des Mediziners Peter Lohmer vom Anstalts-Korrespondenz-Bureau Hoffmann und eine weitere Erschießung im Fall des Stadtkommandanten Eglhofer. Wir muhten uns natürlich unsere besonderen Gebanten darüber machen und gaben unserer Ansicht auch darüber Ausdruck, daß nach unserer Meinung die Soldaten nicht richtig instruiert worden seien. Sie sahen sich in jedem Gesagten sofort einen todeswürdigen Ver-

einsehen, daß ihm dies wenig nütze. Man dürfte nicht ver-gessen, daß auch in Deutschland Sozialisten. Ein schrilles Lachen unterbrach ihn; Genosse Clandel, ein belgischer Goldarbeiter, fiel ihm ins Wort. „Diese zahmen deutschen Sozialisten! Kein Hase fürchtet solche Revolutionäre! Sie fressen dem Kaiser aus der Hand, ihre Zeitung wird als Regierungspropaganda in den Schützengräben verteilt. Ein Belgier weiß, was deutsche Sozialisten wert sind!“

Derart spalteten die europäischen Nationalitäten die Leedviller Ortsgruppe in zwei Teile. Auf der einen Seite standen die Deutschen und Oesterreicher, die russischen Juden, die Tschechen und die religiösen Vasisten, auf der anderen zwei englische Glasbläser, ein französischer Kellner und ein eifriger Amerikaner, die wegen ihrer Schulbildung und anderer snobistischen Schwächen einer heimlichen Liebe zu John Bull verdächtigt wurden. Zwischen diesen extremen Fraktionen verbarren die übrigen Mitglieder, vertort, bestürzt, nach einem Ausweg aus diesem Labyrinth suchend.

Dies fiel den schlichten Gefellen, den Jimmie Higgins, gar nicht leicht. Wenn sie die Fragen so recht zu überdenken versuchten, gerieten sie schier in Verzweiflung. Es gab so viele Seiten. Der letzte Redner hatte stets ein noch besseres Argument vorgebracht als der vorletzte. Freilich sympathisier-te man mit Belgien und Frankreich, konnte man aber umhin, die britische herrschende Klasse zu hassen? Sie war der Erbfeind, so jagten der Schulbuch-Feind. Außerdem konnte man sie am besten; jeder amerikanische Lasse, der reich geworden war und seine Ueberlegenheit beweisen wollte, trug englische Anzüge, hatte englische Dienstboten und englische, schlechte Manieren.

Für den Durchschnittsamerikaner war das Wort „eng- lisch“ gleichbedeutend mit „privilegiert“, mit der Kultur der oberen Behnstand, dem Bestehenden, gegen das er sich auf-lehnte. Deutschland hingegen war der Waisenknabe unter den Nationen — der Durche, der nie eine Chance gehabt hat, und nun verzweifelt um eine Lebensmöglichkeit kämpft. Auch waren die Deutschen weit verständlicher, sie erklärten ihre Sache, es lag ihnen etwas daran, was man von ihnen hielt, nicht wie der Engländer, hol ihn der Teufel, der seine Nase hoch trug und sich kein Deut um die öffentliche Meinung kümmerte.

Zu all dem kam noch, daß die Deutschen hier das Gesetz der Trägheit auf ihrer Seite hatten, und dies ist in allen

Ortschaften. Verfüllt wurde dieser unheilbare Zustand durch ver-schiedene unglückliche Ereignisse. So war es vor allem ein

Erlaß des Obersten Epp,

der jeden, der weiteren Widerstand gegen die Regierung Hoff-mann leisten würde, mit Standgericht und Todesstrafe bedrohte, während doch die Exekution nur wegen großer Verbrechen gegen das geltende Strafrecht zulässig erschien. Wir haben diesen Erlaß sofort beim Kriegsministerium beantragt. Weiterhin wurde das Standrecht jedem angebrohl, der gegen die Regierung Hoffmann hielte. Ein weiterer, sehr unglücklicher Erlaß war der des Generals Mühl, der ebenfalls in den Reihen der Soldaten viel Verwirrung anrichtete. Es hieß darin u. a.: „Wer immer sich in letzter Zeit Mordtaten, Gewalttätigkeiten hat zuschulden kommen lassen, ist umgehend angeklagt und aus-zuliefern.“ Damit war den Denunziationen oft frage-würdiger Art Tür und Tor geöffnet, weil keine bestimmte Grenze gezogen war. Ich habe sofort in der „Münchener Post“ dagegen Stellung genommen, nachdem zwei Redakteure des Blattes dem Befehl bereits zum Opfer gefallen waren. Rechtsanwalt Kaufmann: „Die Wendung in dem Erlaß, solche Elemente sind unschädlich zu machen“ spricht doch dafür, daß die Angeklagten glauben konnten, daß sie das Recht zum Abschließen von Sparta- listen hatten.“ Zeuge: „Diese Befürwortungen hatte ich auch.“

### Die Vernehmung der Offiziere.

Unter großer Spannung wird dann der Oberst und Re-gimentskommandeur des 51. Reichswehr-Regi-ments Kundt aus Fürstenwalde an der Spree ausgerufen. Er behauptet: „Ich war damals beim Stab der 3. Infanterie-Brigade hier im Hotel Karolinenbad. Abends gegen 10 Uhr wurde gemeldet, daß die erste Kompanie des Alexander-Regiments aus-geschied worden sei, um ein Spartaistenkenn im katholischen Ge-fellen-Vereinshaus auszuführen. Die Alexander hatten ihre Ko-mpagnen in das Prinz Georg-Palais am Karolinenplatz 8, ein-geliefert. Bei und nach der Einlieferung seien fremde Soldaten hinzugekommen, hätten die Spartaisten mit sich gehandelt und schließlich in dem Keller hingerichtet. Ich hielt das zunächst für ganz ungläubig, weil ich meiner Leute ganz sicher war. Ich ging dann sofort hin und traf im Hof Soldaten aller Waffengattungen mit Hülfen durchsucht an. Gleich am Hofeingang sah ich bereits sechs bis sieben Leichen liegen. Ich ging weiter und stieß auf den Oberleutnant Graf v. Hülsen in Begleitung von zwei anderen Offizieren. Ich fragte sie: Was ist denn hier los? Darauf erklärten sie mir, es wären mit unserem Wachkommando vom Alexander-Regiment bayerische Soldaten in den Hof eingebracht. Hätten unsere Wachen zurückgedrängt und die Gefangenen, angebliche Sparta- listen, erschossen. Alle drei Herren rieten mir, unter keinen Um-ständen weiter vorzugehen, denn die Leute im Keller seien wie todt und würden auch mich unter Umständen nicht respektieren. Die Herren erklärten ganz offen, sie hätten ihre Leute selbst nicht in der Hand, da sie alle wie todtähnlich sich gebärdeten. In diesem Augenblicke fiel ein Schuß im Keller. Ich rief: „Hier geht es um Menschenleben, da können wir nicht zurückbleiben“ und stürzte in den Keller.

Ich habe viel im Kriege erlebt

und gesehen. Aber was ich in diesem Keller sah, war wohl das ... Eindruckvollste, was ich jemals erlebt habe. Der Keller war dunkel, erfüllt von Rauch und Blutgeruch. Auf dem Boden lagen 6 bis 7 Leichen und die anwesenden Mannschaften schrien und riefen wie toll um sich. Der Oberst teilt noch genauere Einzel-heiten mit und erklärt, er habe sofort 8 Soldaten verhaften lassen; die anderen seien ausgerückt. Vor.: „Welcher Herkunft waren die sechs Verhafteten denn?“ Zeuge: „Es waren lauter Bayern.“ Vor.: „Aber unter den Angeklagten befinden sich nur zwei Bayern, dann müssen die anderen also wohl „ausgelassen“ sein.“ Zeuge: „Das nehme ich an. Meine Leute erklärten mir, die Bayern hätten ihnen zugehört; Licht und heran. Mit den Spartaisten werden wir allein fertig. Wir sind Bayern, das ist unsere Sache! Der Zeuge erkennt dann den Angeklagten Müller genau wieder.

Der nächste Zeuge ist der Offiziersstellvertreter Paul Friede. Der Vorsitzende hält ihm vor, daß er seine Aufgabe auf alle Fragen verweigern könne, durch deren Beantwortung er sich selbst einer strafbaren Handlung begeligen würde. Der Zeuge hat die Patrouille angeführt, welche die Verhaftung der katholischen Gefellenvereins-Mitglieder vorgenommen hat. Er be-tundet: „Ich bekam an jenen Abend zwischen 7 und 8 Uhr den

Organisations ein äußerst wichtiges Befehl. Die Deutschen verlangten von den Sozialisten bloß, sie sollten tun, was sie ihr Leben lang getan hätten. Und es ist die Bestimmung der sozialistischen Maschinerie, stets in Bewegung zu bleiben, sich von keinen Mächten des Himmels, der Erde oder der Hölle zum Stillstand zwingen zu lassen. Verlangt von den Jimmie Higgins, sie sollten ihre Forderungen auf Lohnerbhöhung und den Achtstundentag aufgeben; wie wird Jimmies Antwort lauten? „Geht zum Teufel!“

V.

Andererseits jedoch beunruhigte Jimmie Higgins der Gedanke, er könne unwillkürlich des Kaisers Stöckchen werden. Wohl stimmte es, daß die ganze Tradition der sozialistischen Bewegung eine deutsche Tradition war, doch war sie auch eine deutsche Antiregierungs-Tradition. Jimmie betrachtete den Kaiser als den leibhaftigen Teufel, und beim bloßen Gedanken, er könnte dem Kaiser irgend etwas zu Gefallen tun, überließ ihn kalter Schauer. Er begriff, wie sehr der Bewegung schaden würde, falls das Gerücht aufkäme, die Sozialisten nähmen vom Kaiser Geld. Wenn zum Bei-spiel ein Widerhall der heutigen Diskussion in die Spalten des „Gerald“ drängel Gerade jetzt, wo die „Lusitania“-Affäre alle Gemüter entflammt hatte!

Nach einstündiger Diskussion schlug Nordwood vor, das Zeitungsomitee solle über den Ursprung aller gesammelten Gelder genaue Erkundigungen einziehen, und alle zurück-weisen, die nicht von Sozialisten herrührten oder von Leuten, die mit den Sozialisten sympathisierten. Die Verunft der Gruppe kam zu ihrem Recht, und auch die Deutschen schlossen sich dieser Resolution an.

Nun aber wurde eine neue Streiffrage aufgeworfen: Clandel verlangte, Nordwood solle ins Zeitungsomitee ein-treten, und alle Radikalen stimmten gegen diesen Vorschlag; es sei eine Verleumdung des Komitees, drücke einen Zweifel an dessen Ehrenhaftigkeit aus. „Vielleicht liegt auch die Ge-schichte vor, daß Genosse Nordwood tatsächlich etwas entdecken würde!“ — bemerkte der Engländer Wags. Die Jimmie Higgins verwarf einstimmig diese Resolution; nicht weil sie Enthüllungen fürchteten, sondern weil sie überzeugt waren, ein ruhiger, vernünftiger Mensch, wie Gerittig es war, sei imstande, die Loyalität der Bewegung zu wahren, ohne Aufsehen und ohne sich Feinde zu machen.

(Fortsetzung folgt.)

17)

# Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Aus dem Manuskript übertrugen von Hermann zur Wälden.

Der junge Nordwood, der seine deutschen Genossen gut kannte, lächelte spöttisch. „Eure Regierung verkauft Pfand-briefe in Amerika, der Ertrag soll angeblich den Familien der Gefallenen und den Invaliden zugute kommen. Auch in unserer Stadt sind solche Pfandbriefe gekauft worden. Glaubt ihr denn wirklich, die Familien der Gefallenen und die Invaliden werden einen Cent von diesem Gelde er-halten?“

Diesmal blieben die Deutschen die Antwort nicht schül-dig. „Ich glaube es!“ rief Genosse Koeln. „Ich auch!“ „Ich auch!“ stimmten andere ein. „Das Geld bleibt in Deesville,“ behauptete der Advokat, „und wird verwendet, um in der Emprefabrik einen Streif zu organisieren.“

Ein Dutzend Leute verlangte das Wort; Candeider er-griff es, weil er lauter zu schreien verstand, als alle anderen. „Was will der Genosse?“ schrie er. „Ist er gegen den Ach-tstundentag?“

„Ich etwas von dem Geld des alten Granitz in seine Tasche geflossen,“ gestellte Bills Stimme auf, „aber mich er noch nicht, daß Granitz gewandte junge Advokaten bezahlt, damit sie ihm helfen, seine Munitionsklavon zur Arbeit zu treiben?“

IV.

Nordwood hatte das Heft ins Feuer geworfen, nun ließ er es eine Weile prasseln und kimmern. Als die Deutschen ihn verhöhnten, weil er nicht den Mut habe, seine wahre Meinung auszusprechen — nämlich, die Ortsgruppe möge sich der Forderung des Achtstundentages entgegenstellen — lächelte er sie aus. Er hatte sie dazu bringen wollen, sich bloßzustellen, und es war ihm gelungen. Sie waren nicht nur bereit, für den Kaiser zu wirken, sondern nahmen auch des Kaisers Geld an!

„Des Kaisers Geld?“ rief der wilde Bill. „Ich nähme für propagandistische Zwecke sogar des Teufels Geld an!“

Der alte Herrmann Forster erhob sich und sprach mit seiner sanften, empfindsamen Stimme. Selbst, wenn der Kaiser für derartige Zwecke Geld herausgab, werde er bald



Befehl, in das Haus des katholischen Gesellenvereins zu gehen und nachzugehen, ob dort Spionage vorzunehmen sei. ... Der nächste Zeuge ist Hauptmann v. Stutterheim.

Er trägt zunächst unterrichtet und behauptet, daß er im Regimentsbureau vom Feldwebel Spann die Meldung erhalten habe, daß im katholischen Gesellenverein eine geheime spionageartige Versammlung sei. ... Das gebe ich ohne weiteres zu. Die Leute hatten aber trotz des bestehenden Verbotes eine Versammlung abgehalten und da hatte ich eingegriffen.

Zeuge: „Das gebe ich ohne weiteres zu. Die Leute hatten aber trotz des bestehenden Verbotes eine Versammlung abgehalten und da hatte ich eingegriffen.“

Der Vorsitzende erwidert um Ruhe und erklärt, der Zeuge mache hier schändliche feine Auslagen. Die Urteile im Justizraum dauern jedoch fort und Angehörige der Erschossen beginnen wiederum zu weinen.

Zeuge: „Das gebe ich ohne weiteres zu. Die Leute hatten aber trotz des bestehenden Verbotes eine Versammlung abgehalten und da hatte ich eingegriffen.“

### Der „Aureuhr“-Prozess gegen die „Vorwärts“-Verlagung. Am Scheidemanns Unterschrift.

Als erster Zeuge wurde gestern der frühere Stadtkommandant Weis vernommen. Weis bezeugt, die freiwirtschaftlichen Verhandlungen geführt zu haben, da er in den Januar-Tagen nicht mehr Stadtkommandant war.

Der frühere Stadtkommandant Weis vernommen. Weis bezeugt, die freiwirtschaftlichen Verhandlungen geführt zu haben, da er in den Januar-Tagen nicht mehr Stadtkommandant war.

gen die veränderte Haltung der Regierung betreffen. Der Zeuge erklärt, daß im Kreise der Sozialdemokraten im November und Dezember kein Zweifel darüber bestand, daß die Bestimmungen über politische Delikte außer Kraft getreten waren.

Die Bestimmungen über politische Delikte außer Kraft getreten waren. Die Anwaltschaft im November bezog sich auf die Handlungen, die unter dem früheren kaiserlichen Regime vorgekommen waren.

### Die Haideners.

Staatsanwalt Giese läßt bezüglich des Angeklagten Gause die Verurteilung der Geheimbündel fallen. Im übrigen bittet er die Geschworenen, bei allen Angeklagten die Fragen nach Aufricht, Lande edensbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt zu bejahen.

Rechtsanwalt Dr. Halpert bekennt sich als politischer Gegner aller Angeklagten und auch seines Mandanten, des alten Haberland. Als Jurist müßte er aber unbeschämter um seine politische Überzeugung stehen.

### Deutsche Nationalversammlung. Donnerstag, den 23. Oktober. Auf der Tagesordnung steht der Haushaltsplan für das auswärtige Amt.

Minister des Auswärtigen Müller: Wir hoffen, daß wir bald mit der ganzen Welt, nicht nur mit den neutralen Staaten, wieder in Verbindung treten werden. Auch die Laiz der Ausreise für den diplomatischen Dienst muß besser werden.

Abg. Weis (Soz.): Der Seidungsprozess, den wir in unserem Lande herbeiführen wollen, erfordert festzustellen, wer in den langen Jahren das deutsche Volk belogen und betrogen, wer es schiedt und gut geführt hat.

Abg. Weis (Soz.): Der Seidungsprozess, den wir in unserem Lande herbeiführen wollen, erfordert festzustellen, wer in den langen Jahren das deutsche Volk belogen und betrogen, wer es schiedt und gut geführt hat.

und, so lange werden auch die Beziehungen der Völker untereinander durch die Gewalt bestimmt. Der Völkerbund ist die organisatorische Zusammenfassung der kapitalistischen Staatswesen.

### Konferenz in Washington.

Es ist möglich, daß dort sozialpolitische Vereinbarungen zuhandeln können. Die Konferenz wird aber zugleich die Vorläufe sein für die Politik, die Deutschland bereits im Innern treibt und die die Bekämpfung des Klassenkampfes zum Ziele hat.

### Unsere Gegenwartsforderungen

an das deutsche Auswärtige Amt sind: Bruch mit der Geheimdiplomatie, Räumung des Baltikums mit allen Mitteln, Abwendung der Schuldigen durch das Gesetz, friedliche Verhandlung mit Sowjet-Rußland, was auch ohne den Abbruch formeller Verträge möglich ist.

### Preussische Landesversammlung. Der U. S. V.-Redner zu den Agrarfragen.

Nach einem Geplänkel des Ministers Braun gegen die Konservativen kam gestern unser Redner, Genosse Wehrhof zum Wort. Er führte aus: Die Konservativen wenden sich mit allem Nachdruck gegen den „untraglichen“ Zwang, den die jetzige Ernährungspolitik mit sich bringe.

Die Konservativen wenden sich mit allem Nachdruck gegen den „untraglichen“ Zwang, den die jetzige Ernährungspolitik mit sich bringe. Und sie operieren mit der uralten Behauptung, die Einführung des Sozialismus werde alles in eine Zwangsjacke fassen.

Die Konservativen wenden sich mit allem Nachdruck gegen den „untraglichen“ Zwang, den die jetzige Ernährungspolitik mit sich bringe. Und sie operieren mit der uralten Behauptung, die Einführung des Sozialismus werde alles in eine Zwangsjacke fassen.

Die Konservativen wenden sich mit allem Nachdruck gegen den „untraglichen“ Zwang, den die jetzige Ernährungspolitik mit sich bringe. Und sie operieren mit der uralten Behauptung, die Einführung des Sozialismus werde alles in eine Zwangsjacke fassen.



Wir verlangen ferner, daß die Industriearbeiter durch die Vereinigung unter völliger Ausschaltung des kapitalistischen Zwangs direkt an die Bevölkerung gerecht verteilt werden. Eine sozialistische Agrarpolitik wird auch innerhalb kürzester Zeit die riesigen Gebiete des Bodens und der Bodenkultur unterwerfen und der Ernährung nutzbar machen. Das würde eine der wirtschaftlichen Kapitalanlagen sein.

#### Die Landarbeiterfrage

Es auch heute noch das größte Kapitel. Das Problem der Landarbeiter über die Löhne und die Arbeitsbedingungen wäre nur dann berechtigt, wenn von den Agrarern alles getan würde, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen so zu verbessern, daß auch der Landarbeiter ein menschenwürdiges Dasein zu führen vermöge. Aber was wir sehen, ist der denkbar größte Widerstand der Löhner gegen jeden Fennig Lohnsteigerung, gegen den Bau gefunder und geräumiger Wohnungen.

Die Agrarwirtschaft ist keineswegs ein sozialistisches Ideal. Sie ist ein Restbestand aus der Zeit des Krieges, um den Militarismus und die kapitalistische Gesellschaftsordnung vor einer Revolution zu schützen. Nachdem wir in die denkbar größten Ernährungsschwierigkeiten geraten sind, können wir sie nicht entbehren. Und dennoch hat die Regierung in eine Durchbrechung eingewilligt, mit dem Erfolg, daß sofort für die freigegebenen Lebensmittel die ungeheuerlichen Marktpreise gefordert wurden. Durch eine systematische Expropriation der Großhändler sind auch viele kleinere Bauern von der Habgier erfaßt worden. Sie weigern sich hartnäckig, zu den Höchstpreisen Lebensmittel zu liefern. Die Agrarier sind allenthalben in Streikstreifen eingetreten.

#### In Schmalen

hat dieser Streikrollen Folgen gezeigt. Die hungernde Arbeiterschaft sah sich zu Hilfsmitteln gezwungen. Sie wandte sich an den von Herrn unerschrocken eingeleiteten rechtsozialistischen Bandenführer. Das Verhalten dieses Mannes war alles andere, nur nicht arbeiterfreundlich. Anstatt den Hunger abzuwehren, hat er die Rotgardie herbeigerufen und hat die Belagerungszustand auf Grund von Bestimmungen verhängt, die der geltenden Reichsverfassung direkt zuwiderlaufen. Verhandlungen, die angebahnt wurden, sind an dem Widerstand dieses Scheinsozialisten gescheitert. Der militärische Leiter zeigte sich in allen Fällen entgegenkommender als dieser sogenannte Sozialdemokrat. So wird die sonst ruhige Bevölkerung aufgebracht und die Arbeitslosigkeit erhöht. Und in welchem Ton spricht dieser Mann zu der Bevölkerung? Genau wie ein Duodezium zu seinen Untertanen.

Wenn man will, daß die Arbeiter in vollem Umfange arbeiten, dann muß man auch die Arbeitsbedingungen dafür schaffen. Eine Berechnung der Nahrungsmittel, die eine Arbeiterfamilie von vier Köpfen in beschriebenen Verhältnissen braucht, ergibt die Summe von wöchentlich 88 M. für die rationierte Lebensmittel und für die unrationierten 70 M.

Insgesamt also 158 M. wöchentlich.

Dazu kommt für die übrigen Lebensbedürfnisse, wie Wohnung, Heizung usw. auch wieder bei bestehenden Ansprüchen ein Betrag von mindestens 60 M. Wer verdient das heute? Und wenn die Arbeiterschaft Forderungen stellt, dann wird sie mit Schmutz beworfen.

Die Zwangswirtschaft hat der Bevölkerung wenigstens ein Minimum von Lebensmitteln gesichert. Wird sie aufgehoben, dann wird das deutsche Volk den Händen von Schiebern und Wucherern ausgeliefert. Das ist ohnehin schon in einem unerträglichem Umfange geschehen. Die Agrarier drohen mit der Auslieferung des Volkes, wenn ihren Wünschen keine Rechnung getragen werde. Das ist ein ganz schamloses Gebahren und legt uns eine sehr große Verpflichtung auf, den Grund und Boden mit größter Beschleunigung in das Gemeineigentum überzuführen und dann eine sozialistische Agrarpolitik und Güterverteilung zu betreiben. Die Kleinrentner können sich diesem System sehr gut durch genossenschaftlichen Zusammenhalt einleihen. Erforderlich ist nur, daß diese Genossenschaften von wahrhaft sozialistischem Geist erfüllt werden. In diesem Sinne werden wir mit allen Kräften wirken. (Beifall bei den Anwesenden.)

Selbstverständlich wandte sich der nächste Redner, der Nationalbühnenfeld, gegen die großzügigen Darlegungen unseres Genossen.

Forschung Freitag mittag.

## Aus der Partei.

### Die Organisationsfragen zum Parteitag.

Eine Konferenz der U. S. V. in Essen nahm einstimmig die nachfolgende Resolution an:

Die Kreisorganisation verlangt vom Parteitag ein festes und eindeutiges Bekenntnis gegen die formale, parlamentarische Demokratie und für die Diktatur des Proletariats als das notwendige und entscheidende Mittel zur Herrschaft des Sozialismus.

Wir richten auf die der Arbeiterklasse unmittelbar bevorstehenden schweren politischen und wirtschaftlichen Kämpfe hat die Partei die Pflicht, alle ihre Kräfte in erster Linie in den Dienst des unerbittlichen Kampfes einer wahrhaft revolutionären Parteiorganisation für ganz Deutschland zu stellen.

Die Kreisorganisation verlangt sofortigen Austritt aus der antirevolutionären und reformsozialistischen sogenannten zweiten Internationale und spricht sich für den Anschluß an die dritte Internationale aus.

Die Dresdener Parteigenossen stellen zu dem im nächsten Monat in Leipzig stattfindenden Parteitag die folgenden Entwürfe:

I. Die Partei soll zukünftig den Namen tragen: Revolutionäre sozialdemokratische Partei Deutschlands.

II. Sämtliche Reichstags- und Landtagsabgeordnete, die Gemeindevorsteher und Parteifunktionäre sind auf Widerruf zu wählen.

## Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Die diesjährige hochbedeutende Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Stuttgart ist am Mittwoch nach anderthalbtägigen Verhandlungen zu Ende gegangen. In der Schlussitzung kam es nochmals zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen beiden Richtungen, und zwar wegen der Behandlung eines Beschlusses. Eine längere Debatte entspann sich dann noch über die von den Kommunisten propagierte Austrittsbewegung aus dem Verbande. Die rechtsstehenden Delegierten hatten hierzu eine längere Resolution eingebracht, die mit einem Abänderungsantrag der Mehrheit angenommen wurde. In der Resolution wird das Festhalten an der Organisationsform besonders betont.

In einer Schlussansprache gab der neue Vorsitzende Brandes einen Überblick über die geleistete Arbeit und sprach die Hoffnung aus, daß der Verband auch unter der

neuen Leitung und in dem neuen Sinne seine Aufgaben erfüllen werde zum Besten der Arbeiterschaft.

Wegen Raummangels müssen wir den ausführlichen Schlussbericht zurückstellen. Er erscheint in einer der nächsten Nummern.

## Der Metallarbeiterstreik.

### Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium

Eine gewaltige Arbeit, die an alle Teilnehmer, besonders aber an die Schlichter, große Anforderungen stellt, bedeuten die jetzigen Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium, die den Frieden in der Metallindustrie wieder herzustellen sollen.

Keine andere Industrie ist so vielfältig und weitverzweigt, wie die Berliner Metallindustrie, und so haben die Parteien ihre besten Kräfte, die infolge langjähriger Tätigkeit die allgemeinen Verhältnisse und Beziehungen der einzelnen Branchen zueinander kennen, mit ihrer Vertretung in dem Schlichtungsausschuß beauftragt. Auch die von den Parteien erwählten Unparteiischen besitzen doch als edelmütige Techniker genaueste Kenntnis der Industrie. Die Aufgabe des Ausschusses ist es, beiden Parteien gerecht zu werden, eine Bewertung der Leistungen der einzelnen Arbeitergruppen zu finden. Ist es schon schwierig, die Arbeiter von ungefähr 50 Branchen einigermaßen gerecht in ein Einklassensystem zu bringen, so wird diese Aufgabe noch erschwert durch die in den einzelnen Branchen vorhandenen Untergruppen, von denen ungefähr 500 in der Metallindustrie vorhanden sind.

Die in der Vorzeit vor dem immerhin vorhandene stabile Bewertung der einzelnen Arbeitsleistungen ist durch die Aufnahme industriefremder Arbeiter und Arbeiterinnen während des Krieges heute nicht mehr voll anwendbar und bedeutet ein weiteres Moment der Erklärungslosigkeit. So ist durchaus verständlich, wenn die Verhandlungen längere Zeit in Anspruch nehmen, obwohl mit vollen Kräften gearbeitet wird. Außer dem Schlichter sind anwesend circa 20 bis 30 Sachverständige und Vertreter der Parteien. In kurzen, knappen, auf die Eigenart des Berufes bezüglichen Worten stellen die Vertreter der Arbeiter ihre Forderungen auf. In ebenso kurzen Sätzen erteilen die Unternehmer ein Bild über die Lage der Industrie, die Bewertung der Leistungen nach ihrer Auffassung. Ruhige, sachliche Debatten entwickeln sich, munter auch ein heftiges Auseinanderstreben der Gegenseite. Nach Rückfragen der Schlichter auskunftgebende Antworten der Parteien. Oft macht sich das Gerede von Beweismaterial erforderlich. Boten, per Rad und Auto, sind unterwegs. Neue Sachverständige werden herbeigeholt. Vor den Türen drängen sich neue Parteimitglieder. Das Schlichteramt will ruhig und sachlich das Fundament legen für die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse in der Industrie. Um 5 Uhr Schluß des Verhandlungstages. Und nun entwickeln sich wohl hinter den geschlossenen Türen Debatten, über die verschiedenen Parteimeinungen. Nervenzersetzende Arbeit im Interesse der Industrie, die vor jeder Störung bewahrt werden möchte.

### Bericht der Streikleitung.

Die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß werden am Donnerstag ausgeführt, weil der Schlichtungsausschuß zur Fällung der Schlichterprüche für die bereits verhandelten Gruppen das vorliegende Material zusammenstellen muß. Die für Freitag vorgesehenen Verhandlungsgruppen werden in derselben Reihenfolge am Sonnabend zur Verhandlung kommen, und zwar: Die Gruppe der Schnittarbeiter vormittags 10 Uhr; die Gruppe der Gürtler und Dräger vormittags 11 Uhr; die Gruppe der Metallschleifer und Galvanisierer mittags 12 Uhr; die Gruppe der Eisenkonstruktionsbetriebe nachmittags 3 Uhr; die Gruppe der Eisenschmied- und Berufsgenossen nachmittags 4 Uhr.

Die bereits aus dem Bericht der Generalversammlung zu ersehen ist, sind in den Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit infolge der Hartnäckigkeit der Unternehmer, noch keine Fortschritte zu verzeichnen. Die Generalversammlung hat die einstimmige Beschlusseinstellung der Berliner Metallarbeiter erneut zum Ausdruck gebracht, sich nicht dem Diktat der Unternehmer zu beugen. Kein Kollege darf die Arbeit ohne Zustimmung der Hünzler-Kommission aufnehmen. Die Front der Berliner Metallarbeiter muß noch wie vor eine geschlossene bleiben. Der Kampf geht weiter!

### Das Metallkartell.

#### Die Hünzler-Kommission.

#### Sitzung der Obleute der Metallarbeiter.

Die nächste Sitzung der Obleute der Streikenden findet heute, Freitag, vormittags 9 1/2 Uhr, in den Sophienkaten (großer Saal), Sophienstraße, statt.

### Außerordentliche Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter.

In der außerordentlichen Generalversammlung, die gestern im „Bayerhof“ stattfand, gab Hünzler ein neues Stimmungsbild von den Verhandlungen. Er habe bei den bisher stattgefundenen Verhandlungen den Eindruck erhalten, daß die Unternehmer sich vorgenommen hätten, noch bei den Verhandlungen einen Abbau der Löhne durchzuführen, qualifizierte Arbeiter in untergeordnete Gruppen unterzubringen. Es sei jedoch die Hoffnung vorhanden, daß die Schlichterprüche nicht zum Gunsten der Kollegen ausfallen würden. Aus der Erfahrung fordert er die Kollegen auf, bei zukünftigen Verhandlungen die Einwände der Vertreter der Unternehmer nicht zu beachten, sondern an Hand von Material die Forderungen kurz und knapp vorzutragen.

Anschließend gab Trösch einen Bericht über den

#### Stand der Bewegung.

Er führte aus, daß die Kämpfe einigermaßen zugunsten der Kollegen entschieden werden würden. Die Unternehmer hätten sich mit der Absicht gezogen, den Arbeitern bei der Wiedereinstellung ihren Willen aufzuzwingen. Die Arbeitervertreter hätten aber andererseits kurz an den Forderungen festgehalten; daß das Arbeitsverhältnis nicht als untergeordnet zu gelten habe, daß Maßnahmen unter keinen Umständen vorgenommen werden dürften, daß ferner die Arbeiter bei der Wiedereinstellung am Mittwoch

ausdrücklich festhalten würden. Aus den Verhandlungen Kollegen vorgelesen wurde, daß erst bestimmte Arbeiter in die Betriebe müßten, um gewissermaßen die Betriebe zur Wiederaufnahme der Arbeiter vorzubereiten, hätten die Kollegen erklärt, daß das für den größten Teil der Mittel- und Kleinbetriebe nicht möglich sei, in notwendigen Fällen sollten die Arbeiterauschüsse und Betriebsräte miteinsehen. Zuerst hätten die Unternehmer die Forderungen sämtlich abgelehnt, später hätten sie Entgegenkommen gezeigt und auf Verlangen folgende Forderungen formuliert:

Der Streik wird für beendet erklärt. Die Betriebe werden die Arbeiter nach Maßgabe der Betriebsverhältnisse mit möglichst früher Beschleunigung wieder einstellen. Die früher beschäftigten Arbeiter werden zu ihren früheren Löhnen wieder eingestellt. Die allgemeinen Arbeitsbedingungen bleiben bestehen. Vor dem 15. Dezember 1919 dürfen betriebsfremde Arbeiter in einer Werkstatt nicht eingestellt werden, sofern diese Arbeiter dieser Werkstatt, die der benötigten Kategorie angehören und die erforderliche Leistungsfähigkeit besitzen und aus Anlaß des Streiks aus der Beschäftigung gekommen sind, noch arbeitslos sind. Maßnahmen sollen nicht stattfinden. Hierunter ist zu verstehen, daß die Wiedereinstellung nur nach sachlichen Gesichtspunkten stattfinden darf. Diejenigen Arbeiter, die während des Streiks gearbeitet haben, einschließlich der Arbeiter, die während des Streiks neu eingestellt wurden, dürfen in keiner Weise benachteiligt oder bevorzugt werden.

Die Vertreter der Arbeiter erklärten, daß die Forderungen den Arbeitern mitgeteilt würden. Die heutige Versammlung solle entscheiden und ein getreues Stimmungsbild der Kollegen geben. Danach sollten die weiteren Maßnahmen eingerichtet werden. Es würde jetzt vor den verhandelnden Kollegen vom Reichsarbeitsminister verlangt werden, daß auch die Frage der Wiedereinstellung von einem besonders einwirkenden Schlichteramt gelöst werden solle. Auf keinen Fall dürfe den Arbeitgebern überlassen werden, darüber zu entscheiden, welche Arbeiter in die Betriebe kommen sollten. Die tatsächliche Unparteilichkeit des Vorsitzenden der jetzigen Verhandlungen sei verfassungsrechtlich anzuzweifeln.

Nachdem der Referent die Versuche der Arbeitgeber, die streikende Arbeiterschaft zu spalten, genügend getreuermaßen hatte, brachte Hünzler die Diskussion zum Ausdruck, daß die Forderungen der Unternehmer in der Frage der Wiedereinstellung auf keinen Fall entfallen würde.

Die Diskussion zeigte, daß sich die Unternehmer in einem großen Irrtum befinden, wenn sie annehmen, daß die Metallarbeiter müde und streiklos sind.

Im Schlußwort stellte Trösch fest, daß die Berliner Metallarbeiter sich entschlossen seien, sich auf keinen Fall dem Willen der Unternehmer zu beugen. (Beifall bei den Anwesenden.) Die Metallarbeiter würden sich nicht an die Wiederrücklassen lassen. Nur Entschlossenheit führe zum Ziele, die Jagdhasen und wirtschaftlich Schwachen seien zu unterstützen.

Zum Schluß der Versammlung fand nachstehende Resolution einstimmige Annahme:

„Die Generalversammlung spricht der U. S. V. Kommission ihr volles Vertrauen aus. Sie beauftragt die U. S. V. Kommission die Vorschläge der Unternehmer, die Arbeit ohne Mitwirkung der Arbeiterauschüsse und Betriebsräte wieder aufzunehmen abzulehnen.“

Die Arbeiter sind gewillt, nicht eher in die Betriebe hin einzugehen, als die Unternehmer ihre Haltung in dieser Beziehung geändert haben.

Die Generalversammlung ersucht die U. S. V. Kommission alle Mittel anzuwenden, um die Unternehmer von ihrem hartnäckigen Standpunkt abzubringen.“

Eine eingebrachte Resolution, die U. S. V. Kommission zu beauftragen, einen Aufruf an die gesamte deutsche Arbeiterschaft zur Unterstützung der am 1. Oktober ringenden Berliner Metallarbeiter zu erlassen, wurde der U. S. V. Kommission als Material überwiesen.

### Die sozialistischen Techniker gegen die Technische Nothilfe.

Die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Techniker sendet uns eine Erklärung ein, in der sie die Errichtung der Technischen Nothilfe verurteilt. Die Aufrechterhaltung lebenswichtiger Betriebe und die Ausführung von Notstandsarbeiten während eines Streiks dürfe einzig und allein durch die geschlossenen Organe der Arbeiterschaft vorgenommen werden. Der Streikbruch durch die „Technische Nothilfe“ wird aufs schärfste verurteilt.

### Ankündigungen.

Betriebstaktik, Johannisthal, Sonnabend früh 10 Uhr im Lindenhof Auszahlung und Cautionsunterstützung.

Ullrichs-Kampfen-Beck u. Co. Sonnabend, den 25. 10. 19, 10 Uhr vorm., Betriebsversammlung in der Krone, Altdorfstr.

Transportarbeiter-Verband, Sektion 6, Veriranenmännerkonferenz der Transport- u. Lagerarbeiter im Metallgewerbe Freitag nachmittags 3 Uhr im Reichs-Vereinshaus, Börsenamt, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. Bericht über den Verlauf des Metallarbeiterstreiks.

Hoff u. Wrede, Freitag, den 24. 10. Betriebsversammlung nachmittags 2 Uhr, im Glocken, Pringelallee.

Wieg u. Samel, Freitag, den 24. 10. nachm. 2 Uhr, Betriebsversammlung im Streiklokal.

H. Vorka, Tesel, Freitag, den 24. 10. von 9-12 werden in den bekannten Werkstätten die Cautions unterschrieben. Sonnabend, den 25. 10. von 11-12 findet die Auszahlung der Unterstützung statt. Die unterschriebenen Cautions sind von den Funktionären am Freitag in der Betriebsversammlung abzugeben.

Telefonamt, Unterkröppen der Cautions heute Freitag, 11 Uhr, National-Diele, Kommandantenstr. 62.

H. Kammeler, Betriebsversammlung am Sonnabend, den 25. nachm. 3 Uhr, im Lokal von Proffler, Michaelstr. 22.

G. Lorenz, Tempelhof, Die Kontrollierten sämtlicher Verbände sind Freitag und Sonnabend im Streiklokal Reiner, Tempelhof abzugeben.

Firma Beckmann, Hirschhorn, Meiß u. Ehms, Roßdorf u. Hochhäuser, Sonnabend nachmittags 1 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 16, Versammlung der Arbeiter, Arbeiterinnen und Angehörige.

Funktionäre der Firma Stad, Marienfelde, Am Sonnabend vormittags 10 Uhr Funktionärsitzung bei Grotz, Marienfelde, Schauffstr. 283.

Schwarzpapparbeiter B. M. W. O. Wilbau, Sonnabend vormittags 11 Uhr Betriebsversammlung im Kasino, Unterkröppen der Cautions zur 2. Auszahlung der Streikunterstützung Streikunterstützung.

Tagelöhner, Betriebsversammlung Freitag nachmittags 4 Uhr im Lokal von Scheel, Verlichingstr. 14.

Draht-Verl. Im Metallarbeiterverband organisierte Kollegen und Kolleginnen Freitag und Sonnabend, den 24. und 25. Oktober, Cautions unterschreiben von 9-1 Uhr, Freitag, den 24. Oktober, mittags 12 Uhr, Betriebsversammlung im bekannten Streiklokal.

Brig Berner, Marienfelde, Freitag, 24. 10. vormittags 10 Uhr, Betriebsversammlung im Schwanen Adler, Marienfelde, Schauffstr. 43.



# Groß-Berlin.

## Aus dem Stadtparlament.

### Nachwirkungen des Streiks der Hilfskräfte.

Als der Streik der Hilfskräfte beigelegt werden sollte, wurde dem Magistrat die Zufriedenheit gegeben, keine Maßnahmen zu ergreifen. In diese Kategorie hat sich der Magistrat nicht gehalten. Deshalb hat sich unsere Fraktion beehrt, einen Antrag einzubringen, der die Wiederinstellung der Wehrgehilfen fordert. Dieser Antrag wurde in der gestrigen Stadtkonferenzversammlung an erster Stelle behandelt. Genosse Weise vertrat ihn mit großer Entschiedenheit. Er erhob schärfsten Einspruch dagegen, daß entgegen der gegebenen Zusage, heute noch annähernd 1000 Hilfskräfte gemahregelt auf der Straße liegen, unter denen sich mehr als 30 Vertrauensleute befinden. Er brandmarkte, wie sich die Stadtdirektion sogar einer Art Spähelwirtschaft bediene, um Material gegen diese Leute zusammenzubringen. Gleichmäßig wandte er sich gegen die von einzelnen Oberstadtdirektoren betriebene Paschawirtschaft. Der Magistrat dürfe im Interesse des Friedens seine Augen vor diesen Dingen nicht verschließen. In verschiedenen Dienststellen sind trotz erteilter Zufriedenheit auch nach beendeten Streik fremde Hilfskräfte eingestellt worden; in anderen wiederum hat man den früheren Angestellten, als sie nach dem Streik wieder erschienen, drohend die Tür gemessen und hat ihnen sogar mit Hausfriedensbruchklagen und Polizei gedroht. Von den Neueingestellten sind viele, die durchaus nicht darauf angewiesen sind, sondern die bisher notwendige Erwerbsmöglichkeit zu tauschen. Rentiers, die allein aus Gehaltsposten mindestens 10 000 M. beziehen, ungerneher der Einkünfte aus aufgedehntem Grundbesitz. Auch Frauen von hohem Stande sind eingestellt worden. Als Grund für die Nichtinstellung der am Streik Beteiligten wird unter anderem auch das Streikpostensystem, also eine ganz legale Beistellung, angeführt. Häufig werden die Einzelfälle, die unser Redner vortrug. Er sprach die Erwartung aus, daß der Magistrat mit allen Mitteln darauf hinarbeiten werde, der gegebenen Zusage gemäß und im Interesse der Wiederkehr des Friedens alle gemahregelten Hilfskräfte wieder eingestellt werden und daß ihnen die Zeit, die sie infolge der Nichtinstellung verloren gegangen ist, vergütet werde.

Die Ausführungen des Genossen Weise wurden vielfach von den zahlreichen Tribünenbesuchern in durchaus maßvoller Weise aber nachdrücklich unterstützt und mit Beifall aufgenommen. Die bürgerlichen Stadtkonferenzen nahmen die Angelegenheit von der heiteren Seite. Dieser Tonismus kennzeichnet diese Leute.

Die Rechtssozialisten ergriffen die Angaben unseres Redners durchaus als richtig anerkennend; Ritter konnte die zahlreich vorgeführten traurigen Fälle sogar noch um eine große Anzahl bereichern. Danach hat z. B. eine Kriegerwitwe mit zwei Kindern, ihren Platz nicht wieder einnehmen können, weil die Tochter eines Beamten ihn inzwischen eingebracht hat.

Magistratsvertreter Stadtrat Dr. Sed als zuständiger Deputierter, suchte seine Behörde — freilich ohne die beabsichtigte Wirkung — reinzuwaschen. Er hielt eine waschechte Scharfmacherrede, mußte aber doch zugeben, daß Mißgriffe vorgekommen sind und versprach, in lobhaftester Weise für Durchsetzung der Forderungen einzutreten zu wollen. Die Zahl der noch nicht eingestellten Hilfskräfte belaufe sich auf „nur noch“ 250. Er durfte sich bei seinen Darlegungen öfter auf die große Deputation berufen. Das läßt auf eine ganz merkwürdige Haltung der Sozialisten schließen, die doch dort den Ausschlag geben. Sie konträrten dann auch mir:

Die bei Beendigung des Streiks der Bürohilfskräfte entstandenen Streitigkeiten über die Wiederinstellung der Streitigkeiten über die Wiederinstellung der Streitigkeiten zum Gegenstand einer sofortigen Aussprache in der Großen Deputation zu machen.

Sie haben anscheinend die Öffentlichkeit zu scheuen. Da sich ihnen die Demokraten und Reaktionäre mit größtem Vergnügen angeschlossen, blieb unsere Fraktion mit ihrem Antrag allein, daß:

Die infolge des Streiks der Hilfskräfte zur Entlassung gekommenen Angestellten ohne Ermäßigung ihrer Bezüge und Rechte sofort wieder einzustellen und die als Ersatz neu angestellten Hilfskräfte sofort zu entlassen.

Herr Cassel und Pastor Koch wandten sich entschieden gegen die ganze Art, wie der Streik in Szene gesetzt und durchgeführt worden ist. Die Stadt könne sich nicht von einem Schlichtungsausschuß Vorschriften über die Verwendung städtischer Gelder machen lassen. Stadtkonferenzleiter Americh hielt eine scharfmacherische Rede und geißelte die Führer der Hilfskräfte, unter denen unklare Elemente seien. Herr Americh ergriff mit seinen herbeivorgerufenen Akkaden große Larven, worauf ein Antrag auf Schluß der Debatte gegen unsere Stimmen angenommen wurde. Genosse Zimmermann wies die maßlosen Angriffe der Herren Koch und Americh auf unsere Partei und die Hilfskräfte mit Entschiedenheit zurück. Er forderte, daß kein Angestellter und keine Angestellte gemahregelt werden dürfe.

## Arbeiterbildungsschule der U. S. V.

Heute, Freitag, findet der zweite Vortrag des Kurzes „Verfassungswesen und Verfassungskämpfe“ (unter besonderer Berücksichtigung der Reichsverfassung) statt. Vortragender Ernst Däumig, Schulkollegialrat der Robert-Felke-Realschule, Auguststr. 21. Beginn 7 Uhr abends. Hörer werden noch aufgenommen.

Wir betonen wiederum, daß zu allen Veranstaltungen der Arbeiterbildungsschule Arbeitslose, die sich als solche ausweisen können, unentgeltlich Zutritt haben.

## Gegen die Erschwerung des Kirchenaustritts.

In Niems Gehäusen tagte am Mittwoch abend eine große vom Kulturfortschritt einberufene öffentliche Versammlung, die als Protest gegen den reaktionären Antrag der Erschwerung des Kirchenaustritts anzusehen war. Als erster der vier Redner sprach Graf Arco im Namen des Monistenbundes. Er wies nach, wie in der Entwicklung der Menschheit mit zunehmender Wissenschaft der Gottesglaube immer mehr abgebaut wird. Da aber die Kirche von ihrem Standpunkt der Zweiteilung, des Jüdischen und Christlichen, nicht abgeht, entsteht jene doppelte Moral, die am Werktag den Menschen in seinem beruflichen Leben auf die Wissenschaft einstellt, am Sonntag jedoch auf das Göttliche, das dem praktischen Leben widerspricht. Religionlosigkeit hat nichts im Unmoral zu tun, im Gegenteil, die Kriminalistik lehrt, daß gerade bei den strenggläubigen Katholiken die Verbrechen am zahlreichsten sind. Aber auch die, die mit der Kirche nichts mehr zu tun haben, müssen ehrlich sein und ihren Austritt erklären.

Dann betrat Adolf Hoffmann die Rednerbühne. Mit beherrschender Spitze behandelte er die Zustände im Lande der freien Verfassung. Nach der Verfassung besteht keine Staatskirche mehr. Trotzdem stehen im Etat 40 Millionen Ausgaben für die Kirche, in Wirklichkeit sind es aber 60—100 Millionen jährlich, die allein in Preußen der Kirche vom Staat als Zuschuß erhält. Dazu kommt noch die Kirchensteuer. Die Erhaltung der Kirche aus Staatsmitteln muß endlich aufhören. Wer seinen Herrschaft liebt, der muß auch die notwendigen Geldmittel dazu aufbringen können. Warum nicht denn der Staat nicht auch die Beiträge für die Wahl- oder sonstigen Vereine ein? Eine Ideengemeinschaft, die sich nicht selbst erhalten kann, ist wirklich reif für den Untergang. Bei der Zusammenfassung der Landesversammlung besteht allerdings kein Zweifel, daß der Gespenstkreis zur Erschwerung des Kirchenaustritts durchgeht, denn die Idee vom Paradies im Jenenseits liegt zu sehr im Interesse des Staates. Der Redner ergänzte denn noch die Beispiele Arco von den logischen Widersprüchen, in denen sich die kirchliche Lehre bewegt. Auch die sittlichen Gefahren der Bibel durch die Jugend dürfen nicht übersehen werden. Für alle aus der Kirche Ausgetretenen empfahl er den vom Kulturfortschritt erteilten Unterricht und wies die Arbeiterjugend auf den Antichristus Däumig hin. Wer in diesem Monat noch austritt, brauche vom 1. Januar ab keine Kirchensteuer mehr zu zahlen. Der Redner erhielt rausenden Beifall.

Als weitere Referenten sprachen noch Prof. Holler und Unger. Sie wiesen besonders auf den Bankrott des Christentums hin, den es im Weltkrieg erlitten habe.

Es folgt eine lebhafte Diskussion, an der sich auch Gegner der Ansichten der Referenten beteiligten, u. a. auch ein evangelischer Geistlicher und der Demokrat aus der Landesversammlung, Schlämer, der sich als Urheber des bekannten Antrags bekannte. Er entließte einen wahren Sturm der Entrüstung in der Versammlung, als er seinen Antrag zu verteidigen suchte. Auf die Kleinigkeit von 1/2 Jahr Kirchensteuer läme es ja nach seiner Meinung gar nicht an.

Am Schluß wurden Petitionen verteilt, die für die Orte Neukölln, Brix und Treptow den Gang des Kirchenaustritts erläuterten.

Eine zweite Versammlung, wo dieselben Referenten über das gleiche Thema sprachen, fand in der Viehhofstraße statt.

Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hält heute in folgenden Lokalen aufklärende Vorträge für Männer ab:

- Norden: Luffenstraße, Gymnasium, Weinstraße 49; Nordosten: Königsplatz, Oberrealschule, Basteistraße 44/46, Königsplatz, Realschule, Elisabethstraße 67/68, Luffen-Gymnasium, Turmstraße 67; Süden: Friedrich-Realschule, Schleiernmacherstraße 23; Südwesten: Islamisches Gymnasium, Hallestraße 24/26; Nordwesten: Institut für Meereskunde, Georgenstraße 84/86.

Die Konferenz der Erwerbslosenräte Preußens findet im „Dresdener Garten“, Dresdener Straße 43, statt. Eröffnung Freitag früh 9 Uhr.

Die Einweihung der Fahrstühle in den Privathäusern von Groß-Berlin ist, wie uns die Kohlenstelle Groß-Berlin mitteilt, vom morgen ab wieder gestattet.

## Lebensmittellisten.

Spandan, 150 Gramm Rindfleisch mit Knochen, 200 Gramm Büchsenfleisch, für Kinder 75 Gramm Rindfleisch mit Knochen, 100 Gr. Büchsenfleisch in der Büchsenpackung, Bismarckstadt und einem Teil des Reutobts, 50 Gramm Blut- oder Leberwurst.

Brix, Diejenigen Brixer Einwohner, die bereits im Besitze von Anweisungen zum Bezuge von Winterkartoffeln durch die Gemeinde sind und die Rechnungen dazu bezahlt haben, können die zuletzte Menge Kartoffeln nunmehr ab die Ende dieser Woche vom Lagerplatz der Gemeinde Berlin-Brix in der Zeit von 7 Uhr nachmittags bis 12 Uhr mittags und von 1—4 Uhr nachmittags empfangen. Neue Anweisungen können mangels Vorrat einstweilen noch nicht ausgestellt werden.

Wittenau, Von Freitag auf Abschnitt 87 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte: 250 Gramm ausl. Stärcemehl, auf Abschnitt 88 150 Gramm Hülsenfrüchte, auf Abschnitt 48 der Jugendlichen-Karte 150 Gramm Weizenbrot.

## Aus den Organisationen.

1. Distrikt (S. Kreis). Heute, Freitag, abends 6 Uhr, Flugblattverteilung von den bekannten Bezirklokalen aus.

Teltow-Beeskow, Sonntag, den 2. November, vorm. 10 Uhr, in Neukölln, Rathaus (Stadtkonferenzgebäude), Frauenkonferenz aller im Bezirk tätigen Genossinnen, Stellungnahme zur Reichskonferenz der Genossinnen. Referent: Genossin Wurm, 2. Diskussion, 3. Ausbau der Agitation unter den Frauen. Wir bitten die Genossinnen, in den Ortsvereinen dazu Stellung zu nehmen und die Reichskonferenz recht zahlreich zu besuchen. Delegiertenkarten werden nicht ausgegeben. Mitteilungsblatt über harte Legitimiert, Charlottenburg. Der Kurzus des Gen. Hech fällt am kommenden Sonntag wegen Verhinderung des Referenten aus.

Neukölln, Heute Freitag abends 6 1/2 Uhr bei Alem, Hafenhöhe, öffentliche Versammlung „Kommunalspolitik“, Referent: Genosse Kadtko.

Parlitz, Heute, Freitag, von 8 Uhr ab wichtige Flugblattverteilung von den Jugendlokalen aus. Um 7 Uhr finden die öffentlichen Frauenversammlungen statt, für Nord in der Schulaula Granotstraße, für Süd in der Schulaula Kaiser-Friedrich-Straße.

## Bereinstellen.

Zentralvorstand der Angestellten, Fachgruppe 7, Heute abends 7 Uhr findet im Saal der Börse, Eingang Burgstraße, eine Versammlung aller kaufmännischen Angestellten der Waren-, Kaufhäuser-, Spezialegeschäfte statt, um zu dem abendlichen Standpunkt der Arbeitgeber bezüglich der Zahlung einer Anstellungsbefristung Stellung zu nehmen.

Freie Jugend Groß-Berlin, Sonntag nachmittags 4 Uhr Schulberet-Abend der „Volkskunst“, Billetts zu 1,50 Mk. an der Kasse zu haben. Für Streikende und Aussperrte 1 Mk.

Tourenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Ober- u. Niederschönhausen, Sonnabend, den 21. Oktober, Volkshilfsabend in der Aula des Realgymnasiums Oberhohenschönhausen, unter Mitwirkung der a-capella-Vereinigung des Berliner Volkshochs und guter künstlerischer Kräfte. Beginn pünktlich 8 Uhr, Eintrittspreis 1,50 Mk.

Arbeiter-Männerbund „Naturfreunde“, Agitationsbezirk Teltow, Heute abend Zusammenkunft sämtlicher Mannschaften und Oratorien in Neukölln bei Profosko, Bobbinstr. 57.

# Schriften zur Frage der Internationale

In den nächsten Tagen erscheint:  
**ARTHUR CRISPIEN:**  
Zur Geschichte der Internationale.  
Anhang: Literaturverzeichnis. Preis etwa 75 Pf.  
**ALEXANDER STEIN:**  
Das Problem der Internationale.  
Anhang: Beschlüsse und Richtlinien der 2. und 3. Internationale. Preis etwa 1 M.  
Weitere Hefte in Vorbereitung.  
Bestellungen auf die beiden ersten Hefte erbitten sofort  
Buchhandlung der  
Verlagsgenossenschaft „Freiheit“  
Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln, Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Linden-Druckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

**Hyfusonin**  
Hornhaut, Bellen und Warzen  
beseitigt man schnell, sicher und schmerzlos mit  
**KUKIROL.** In vielen tausend Fällen  
glänzend bewährt.  
In Apotheken und Drogerien zum Preis von Mk. 1.50 erhältlich.  
Lassen Sie sich nichts anderes anreden, es gibt nichts Besseres.  
Engros-lager H. Barkowski.

**Rauchtabak**  
prima Qualität.  
Zigarren p. Mille von 650 M. an  
Zigaretten p. Mille von 200 M. an  
stets am Lager.  
Zigarren-u. Zigaretten-Großhandlung  
Belle-Alliance-Straße 81.

**Platin Gramm** höchste Preise,  
**Gebisse bis 850 M.**  
Zahn mit Platininstillen 3.30 M. bis 40 M.  
Gold, Silber in jeder Form, kauft  
**Frau Linke, Bücherstraße 40,**  
bis 8 Uhr. Portal II, II. Etage.  
Für Geschlechts-, Haut-, Her-,  
Frauenleiden, speziell vererbte  
hereditäre Nervenleiden, Ausschlag, Salvarsan-Kuren, Urin-  
und Harnunterbrechungen, u. u. Separates Damenzimmer.  
Erste und Beste Heil-Anstalt Löser  
**Dir.: Löser senior, Dr. Scotti**  
Ecke Lindenstraße,  
Rosenhainer Straße 69-70, 2-1, 4-9, 9-11, 12-1.

**Achtung!**  
Platin Gramm bis 80.— frei!  
Gold, Silber, alte Zahngebisse, Brillanten,  
sowie unmodern gewordenen Schmuck verkauft  
man am besten zu den höchsten Kurs- und Tagespreisen bei  
**Kokoski, Berlin N 54, Amt Humboldt 2490**

**Notstandslampen**  
100 Stunden brennend Taschenlampen und Kerzen  
verschiedener Art, in jedem Quantum sofort lieferbar,  
Muster gegen Nachnahme. Für Vertreter und Wieder-  
verkäufer glänzende Verdienstmöglichkeiten.  
**Kurt Becker, Berlin W 8, Mohrenstr. 16.**

**Versicherungsbeamte,**  
Inspektoren oder Vertreter, die in der  
Lage sind, Einbruchdiebstahl-Versiche-  
rungen, auch schwere Risiken, zu ver-  
mitteln, werden um Angabe ihrer Adresse  
gebeten. Strengste Diskretion zugesichert.  
Offerte unter E. 2 d. Bl.

**Botenfrauen**  
stellt ein:  
Spedition **Bernsee, Stegitz, Mommsenstr. 59,**  
" **Girschner, Glitschner Straße 52**  
" **Bartsch, Tempelhof, Werderstr. 30.**  
" **Hackbarth, Michaelkirchplatz 2**  
" **Schäfer, Eisenaustr. 70.**  
" **Tornseifer, Lübecker Straße 11**  
für Lehrtr. Straße,

**Für Ostpreußen**  
werden  
**2 Parteisekretäre**  
mit dem Sitz in der Provinz sofort gesucht.  
Bewerben sind bis zum 1. November an das  
ParteiSekretariat der  
**Unabhängigen sozialdemokratischen  
Partei Königsberg i. Pr.**  
Vorderrödigarten 61-62, Zimmer 2 und 3, zu richten.

**Eingespielte Violinen.**  
Mandolinen, Gitarren, Konzerts-  
lauten, gebrauchte Pianos,  
Klavier 1500.—, Konzertflügel  
2500.—, Musik-Engroshaus  
Berg & Co., Oranienstr. 166.

**Der Nachbarin weiter-  
erzählen!** — Wandervolle  
Pflanzmittel 490, 590, Pflanz-  
mittel 1200 an, Astrachan-  
mittel 275, 300, Uster 95,  
100—350, Pflanzmittel, Mo-  
delkostime, Theater-, Gesell-  
schafts-, Ball- u. Tanzkleider,  
prachtvolle Passons, Kleider-  
röcke 25, 45, blühende Blumen,  
Unterwäsche, vorzügliche Ge-  
legenheitsküche, Michaelis,  
Mauerstr. 10, 1 Trepp, neben  
Clos, Sonntag geschlossen.

**Rauchtabak,**  
rein überausreich, 4 Pfd. M. 21,  
23, 24, Wismarstr. 10, Schmid-  
straße 10, Seifenpl. part.  
**Quakrone, dreifach,**  
Erläuterungsanzug und Uster,  
Gr. 48, zu verkaufen, Blachitz,  
Neukölln, Kaiser-Friedrich-  
Straße 161, III.

**Platin**  
Vor Verkauf von  
**Platin**  
anrufen, zshle kon-  
kurrenzlose Preise  
**Metallkontor**  
Alte Jakobstr. 138  
Montagp. 1.28.20

**Elektromotore**  
Gleichstrom 11 Drehstrom  
kauft  
**Ingenieurbüro Schilling**  
Berlin W 9, Linkstr. 16,  
Tel.-Litzow 3708 und 8316

**Platina**  
Gold, Silber u.  
höchste Tagespreise.  
Alte Gebisse bis 1000 Mk.,  
Platinröhren bis 45.—, Mik.  
**Hausdorff,**  
Pallasdenstraße 11, v. II. r.

**Kupferleitungen**  
elektr. Kronen u.  
ämil. Installationskaut  
Bartel, Himmelsr. 90,  
Telidon Königsplatz 2018  
Elektr. Anlag. werden  
neul. u. schnell ausgef.  
**Spiralbohrer.** Feilen  
kaut Werkzeug-Zentrale,  
Lange Str. 13, Einz. Krauter

**Schreibmaschinen**  
sichtbare Schrift, gut  
erhalten.  
kaut sofort gegen Kasse.  
Preis, System und Nummer.  
**Hugo Schroeder,**  
Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 83  
Wilm. 4720.

**Allgemeine Ortskrankenkasse** der Stadt Berlin  
A. im Kollegium und  
Kollegen die traurige  
Nachricht, daß unser  
lieber Kol. d. Kranken-  
kassenangehörige  
**Franz Fuhrmann**  
am Sonntag, den 19. Ok-  
tober plötzlich am Herz-  
schlag verstorben ist.  
Er war ein treuer  
Kolleg für unsere Sache.  
Eure seltsam Andenken!  
Die Beerdigung findet  
heute Freitag, 24. Ok-  
tober, nachm. 4 Uhr, auf  
dem Südwaldkirchhof in  
Stahnsdorf statt.  
Um rege Beteiligung  
erzucht  
**Der Beerdiger.**

**Danksagung.**  
Für die überaus vielen,  
Beweise herzlicher Teil-  
nahme bei der Ein-  
sicherung meines lieben  
Mannes, des  
Zigarrenfabrikanten  
**Aug. Beutel**  
sprechen wir allen Ver-  
wandten, Freunden und  
Bekanntem, insbesondere  
dem Stadtkonferenz-  
mitglied Herrn August Hintze für  
seine Anwesenheit am  
18. Distrikt des Wahl-  
vereins des A. B. P.-  
Wahlkreises 3. Abt. 818,  
Bezirk, unsere innigsten  
Dank aus.  
**Caroline Beutel**  
nebst Kinder  
Prinzess-Allee 36.